

Rezensionen

Rezensionsschwerpunkt

| **Ostmitteleuropa**

Religiöse Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa. Konstitution und Konkurrenz im nationen- und epochenübergreifenden Zugriff. Hrsg. von Joachim Bahlcke / Stefan Rohdewald / Thomas Wunsch. Berlin: Akademie Verlag, 2013. XXXIII, 1037 S., Abb. ISBN: 978-3-05-005658-6.

Was haben das antike Chersones auf der Krim, katholische Mariensäulen, Otto von Bamberg und der serbische Kosovo-Mythos gemein? Sie alle sind religiöse Erinnerungsorte, worunter die Herausgeber dieses voluminösen und teuren Sammelwerks „soziale Artefakte“ mit „Konstrukt-Charakter“ verstehen, die in ihrer Bedeutung „über den engen Primärkreis des Ursprungszeitraums räumlich und sozial hinausgehen und soziologisch faßbare [sic!] Wirkksamkeit entfalten“ (S. XXII–XXIV). Die Begrifflichkeit haben die Herausgeber bei Pierre Noras Konzept der „lieux de mémoire“ entlehnt, wobei sie sich allerdings durchaus bewusst sind, dass dessen „ungeographischer“ Ortsbegriff dem alltäglichen Sprachverständnis zuwider läuft. Im Buch werden die Gedächtnisorte daher in basälere Kategorien unterteilt: 1. Stätten: Die geographische Dimension der Erinnerung; 2. Artefakte: Die gegenständliche Dimension der Erinnerung; 3. Menschen: Die personale Dimension der Erinnerung und 4. Kommunikate: Die ideelle Dimension der Erinnerung. Insgesamt werden 101 Erinnerungsorte in Beiträgen von jeweils etwa 8 bis 15 Seiten abgehandelt, ohne Fußnoten, aber mit hilfreichen Quellen- und Literaturverzeichnissen. Chersones steht somit exemplarisch für eine von insgesamt 27 behandelten Stätten, die Mariensäulen für eines von 21 Artefakten, Otto von Bamberg für einen von 35 Menschen, der Kosovo-Mythos für eines von 18 Kommunikaten. Für die Beiträge wurden ganz überwiegend renommierte Forscherinnen und Forscher gewonnen, das Niveau der Beiträge wie auch der technischen Umsetzung ist hoch, Druckfehler sind kaum feststellbar.

Ob das Werk deswegen selbst zu einem Erinnerungsort der Osteuropa-Historie wird, ist allerdings fraglich. Dem Rezensenten fiel das Lesen „am Stück“ oft schwer; obwohl ihn einzelne Artikel immer wieder in ihren Bann zogen, kämpfte er sich letzten Endes durch ein Nachschlagewerk, das nur entsprechend – d.h. artikelweise – mit Genuss gelesen werden kann. Wer sich Erkenntnisse über Erinnerungsorte als solche oder deren Besonderheit in Ostmitteleuropa erhofft hatte, muss dagegen weiter auf eine Synthese warten, die das Material weniger zergliedert, stärker auf Zusammenhänge zwischen den einzelnen Erinnerungsorten eingeht und Vergleiche zieht. Die Problematik sei an zwei Beispielen verdeutlicht: Der Beitrag von PAUL SRODECKI zum *Antemurale christianitatis* ist zweifellos solide und lesbar, steht aber aufgrund der Struktur des Bandes etwas verloren da. Dass viele Gesellschaften des östlichen Europas zwischen Vorstellungen einer Vorposten- und einer Brückenfunktion hin- und herschwankten, geht unter, weil der Artikel sich nur auf eine Seite festlegen darf. Um den Topos der Brücke zu erreichen, muss der Leser im Buch weit zurückblättern, etwa zum Artikel über Josip Juraj Strossmaier, den kroatischen Bischof und Politiker, der eine „kyrillomethodianische“, also auf die Zeit der Christianisierung zurückgehende Gemeinsamkeit zwischen katholischen und orthodoxen Südslawen betonte. Eine Klammer vermisst man auch zwischen den ansonsten sehr interessanten und gelungenen Darstellungen zu den Kirchenunionen von Marča (BOJAN ALEKSOV / ZLATKO KUDELIC) und von Alba Iulia (ALBERT WEBER) – dem Rezensenten fiel auf, dass erstere tief polarisierte historische Erinnerungen hinterließ, letztere dagegen eher nicht. Hintergründe und Erklärungen, die über die einzelnen Erinnerungsorte hinausgehen, liefert dieser Band aber nicht.

Etwas problematisch ist auch der Umgang der Herausgeber mit dem Thema Geographie. Orte schreien förmlich nach Kartographie

– das gilt selbst dann, wenn man Noras weiten Ortsbegriff zugrunde legt. Angesichts der ansonsten recht großzügigen Bebilderung bleibt unverstündlich, weshalb sich in dem Band nicht wenigstens eine Karte zu Kapitel I – den Stätten – findet. Schwer nachvollziehbar ist auch die geographische Eingrenzung: Weshalb finden sich in einem Band über Ostmitteleuropa Beiträge zu Bosnien-Herzegowina und Bulgarien? Wenn man schon so weit auf den Balkan geht, wo bleiben dann griechische Beispiele? Und was ist der Ostmitteleuropa-Begriff überhaupt wert, wenn er Gebiete vom Baltikum bis nach Makedonien überspannen soll? Wie lässt sich angesichts des lockeren Verhältnisses zu Regionsbezeichnungen rechtfertigen, dass zwar der ukrainische und weißrussische, nicht aber der russische Raum Berücksichtigung fand? Insgesamt entsteht der Eindruck, dass hier der Raumbegriff an die Kompetenzen und Interessen eines ForscherNetzwerks angepasst wurde – ein in pragmatischer Hinsicht verständlicher Schritt, der allerdings besser nicht Schule machen sollte. Anderenfalls sägen die Area Studies an dem Ast, auf dem sie sitzen.

Profilierte Raumbegriffe jedenfalls bleiben wichtig, solange man in irgendeiner Form Besonderheiten des Raums behauptet – und das scheint hier durchaus beabsichtigt zu sein. Die Einleitung spricht davon, für das östliche Europa seien „konkurrierende, das heißt um gesellschaftliche Anerkennung wetteifernde, Er-

innerungen“ charakteristisch wie etwa Gotteshäuser, die sich nacheinander oder gleichzeitig im Gebrauch verschiedener Glaubensgemeinschaften befanden (S. XXV). „Politische Manipulationen im Haushalt kollektiver Erinnerung scheinen im östlichen Europa häufiger und tiefgehender erfolgt zu sein als anderswo [...]“, heißt es an anderer Stelle (S. XXIX). Dieser Ausgangspunkt erscheint plausibel, kann aber letztlich nur durch den Blick über das östliche Europa hinaus überprüft werden.

Bei den widerstreitenden Erinnerungen geht es den Herausgebern übrigens nicht um den Gegensatz zwischen „Wahrheit“ und „Manipulation“ – das weisen sie in kulturwissenschaftlicher Manier von sich. „Denn der Erinnerungsforschung ist es nicht um die Wahrheitsfrage im philosophischen Sinn zu tun (nach dem Motto: ‚Stimmt das auch, was hier erinnert wird?‘), sondern um die Modi der Wirksamkeit von Vergangenheit“ (S. XXI). Unter den Beiträgern gibt es allerdings durchaus solche, die sich an der Beziehung zwischen einem historisch mehr oder weniger fassbaren Kern und der Erinnerung daran abarbeiten, wie KERSTIN S. JOBST über Chersones, JIŘÍ JUST über Jan Hus oder ALFONS BRÜNING über Petro Mohyla. Dem Rezensenten erscheint das als verdienstvoll – denn im Zeitalter von *fake news* gibt es wieder verstärkten Bedarf nach Arbeiten, die Manipulationen und verengte Deutungen offenlegen und auch kritisieren.

Klaus Buchenau, Regensburg

Historisch-topographischer Atlas schlesischer Städte. Bd. 5: Wrocław – Breslau. Im Auftrag des Herder-Instituts hrsg. von Peter Haslinger / Wolfgang Kreft / Grzegorz Strauchold / Rościsław Żerelik. Bearb. von Grzegorz Strauchold / Rafal Eysymontt. Marburg/Lahn, Wrocław: Herder-Institut, 2016. 80 S., 114 Ktn. u. Abb. ISBN: 978-3-87969-409-9.

Historyczno-topograficzny atlas miast śląskich. T. 5: Wrocław – Breslau. Wydawcy: Peter Haslinger, Wolfgang Kreft / Grzegorz Strauchold / Rościsław Żerelik. Autorzy: Grzegorz

Strauchold / Rafal Eysymontt. Marburg/Lahn, Wrocław: Herder-Institut, 2016. 80 S., 114 Ktn. u. Abb. ISBN: 978-3-87969-410-5.

Historical-Topographical Atlas of Silesian Towns. Vol. 5: Wrocław – Breslau. Edited on behalf of the Herder Institute by Peter Haslinger / Wolfgang Kreft / Grzegorz Strauchold / Rościsław Żerelik. Authors: Grzegorz Strauchold / Rafal Eysymontt. Marburg/Lahn: Herder-Institut, 2016. 80 S., 114 Ktn. u. Abb. ISBN: 978-3-87969-411-2.

Mit mal größerer, mal geringerer Intensität zieht die schlesische Metropole Breslau die Aufmerksamkeit der Wissenschaft auf sich. Aus einem Dornröschenschlaf musste man sie dabei noch nie wecken. Dennoch war es um die Oderstadt nach der Veröffentlichung von Gregor Thums monumentaler Monographie *Die fremde Stadt. Breslau 1945* (2003) und Norman Davis' *Breslau. Die Blume Europas* (2005) – zumindest im deutschsprachigen Raum – zeitweise recht still geworden. Wohl nicht ganz unwesentlich dem Kulturhauptstadtjahr 2016 ist daher ein neu entfachtetes Interesse der Forschung zuzuschreiben. Diesem verdankt sich eine Reihe von Beiträgen, darunter u. a. Eduard Mühles fundierte Städtebiographie *Breslau. Geschichte einer europäischen Metropole* (2015).

In die Zahl der Beiträge reiht sich auch der fünfte Band des *Historisch-topographischen Atlas schlesischer Städte* aus dem Herder-Institut ein. Zusammengestellt haben ihn der Breslauer Historiker Grzegorz Strauchold und der ebenfalls in der Oderstadt lehrende Kunsthistoriker Rafal Eysymontt. Gestalterisch unterscheidet sich der Atlas nicht von den Vorgängerwerken der Reihe. Neu ist allerdings, dass er nicht mehr als deutsch-polnische Ausgabe, sondern nunmehr in drei Sprachversionen (deutsch, englisch, polnisch) vorliegt. Wie bei den anderen Bänden der Reihe mag die Bezeichnung „Historisch-topographischer Atlas“ auf den Leser zunächst verwirrend wirken. Denn der Atlas ist mehr als ein bloßes, unter Umständen kurz kommentiertes Kartenwerk.

Wie seine Vorgänger, so gliedert sich auch dieser Atlas im Wesentlichen in zwei Teile. Im ersten (S. 8–42) erfolgt eine Darstellung der Stadtgeschichte. Deren Fokus sind zwar die Entwicklungen im 19. und 20. Jahrhundert, dennoch finden auch die früheren Jahrhunderte ausreichend Berücksichtigung. Zur Illustration dieses Teils dienen zahlreiche Karten, Zeichnungen und Gemälde, die Rückschlüsse auf das Erscheinungsbild der Stadt im Laufe der Jahrhunderte zulassen. Vorangestellt ist dieser geschichtlichen Einführung noch ein Überblick zur geographischen Lage (S. 6–7), der durch Angaben zur Einwohnerentwicklung

der Stadt ergänzt wird. Diese Informationen zur demographischen Entwicklung sind in einem Säulendiagramm sowie einer Tabelle optisch ansprechend aufbereitet worden. Den eigentlichen Kern des Atlas bildet das Kartenwerk im zweiten Teil (S. 43–77). Es umfasst Stadtpläne vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Zusätzlich finden sich hier Luftaufnahmen aus polnischer, aber auch aus deutscher Zeit wieder. Letztere waren 1944 kurz vor der weitflächigen Zerstörung der Oderstadt angefertigt worden.

Für Breslau ist seine Nähe zum Wasser Fluch und Segen zugleich gewesen. Denn zum einen ermöglichte die Lage an der Oder erst den Aufstieg Breslaus zu einem prosperierenden Handelszentrum, zum anderen zerstörten Überschwemmungen regelmäßig weite Teile der Stadt und brachten Krankheiten und Seuchen mit sich. Staatlich wechselte Breslau im Laufe der Jahrhunderte mehrfach die Zugehörigkeit, war u. a. polnisch, habsburgisch, preussisch und deutsch. Dennoch änderten sich über die Jahrhunderte hinweg die Gestalt der Stadt und die Zusammensetzung ihrer Einwohnerschaft nur geringfügig. So sind es denn, trotz dieser wechselhaften Zeitläufte, nur zwei Zäsuren, welche die Autoren in der Stadtgeschichte ausmachen können: das frühe 19. Jahrhundert und die Zeit nach 1945.

Ein ökonomisch und sozial reglementiertes Zunftwesen und das Vorhandensein einer Stadtmauer hätten größeren Veränderungen in der Stadt einen Riegel vorgeschoben. Erst durch die Schleifung der Befestigungsanlagen und die Abschaffung der Zünfte im Zuge der Napoleonischen Kriege seien diese Hemmnisse überwunden worden. Damit fand auch die traditionelle Teilung in eine protestantische Altstadt und eine katholische Dominsel ein Ende. Eingemeindungen und die Zuwanderung vom Land hätten einen immensen Bevölkerungsanstieg bewirkt, so dass am Vorabend des Ersten Weltkrieges bereits mehr als eine halbe Million Menschen in der Stadt lebten.

Einen noch gravierenden Einschnitt stellte jedoch die Zeit nach 1945 dar, als aus der deutschen eine polnische Großstadt wurde. Mit

dem nahezu vollständigen Austausch der Bevölkerung habe ein bislang beispielloser Traditionsbruch in der Stadtgeschichte stattgefunden. Von den neuen Einwohner stammten allerdings in den Jahren 1947/48 nur 21 % aus den ehemals polnischen Ostgebieten, 73 % dagegen aus Zentralpolen (S. 32). Implizit widersprechen die Autoren damit einer verbreiteten Auffassung, wonach das polnische Breslau ein „zweites Lemberg“ (geworden) sei. Allerdings ist auf diesen Umstand polnischerseits bereits zu Zeiten der Volksrepublik aufmerksam gemacht worden. So stichhaltig die meisten Ausführungen und Thesen der Autoren sind, so wenig können sie deshalb als besonders originell gelten. Sie sind in erster Linie eine Synthese der bisherigen Forschungsliteratur. Einen Vorwurf kann man einer Überblicksdarstellung daraus freilich nicht machen.

Gewinnbringend zu lesen sind insbesondere die Schilderungen zur Stadtentwicklung nach 1990. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf infrastrukturellen Projekten sowie der Entwicklung Breslaus zu einem der kulturellen Zentren Polens. Hier lassen sich auch am ehesten eigene Akzente der Verfasser erkennen. Positiv hervorzuheben ist zudem, dass die Autoren der jüdischen Gemeinde Breslaus große Aufmerksamkeit schenken. Von Berlin abgesehen, lebten in deutscher Zeit in keiner Großstadt mehr Juden als in Breslau. Als Kaufleute, Politiker und Journalisten prägten sie das Stadtbild entscheidend mit. Liberale und orthodoxe Juden verfügten dabei jeweils über ihre eigenen Synagogen und Gemeinden, bevor die Nationalsozialisten dem jüdischen Leben in der Stadt ein abruptes und gewaltsames Ende bereiteten. Durch den Zuzug von Überlebenden der Shoa entwickelte sich Breslau nach dem Zweiten Weltkrieg kurz-

zeitig erneut zu einem Zentrum des Judentums. Antisemitische Ausschreitungen und die Abwanderung nach Israel beendeten jedoch auch dieses Kapitel rasch.

Der zweite Teil des Atlas bietet diverse Kartentypen auf, um den Wandel der Stadt über die Jahrhunderte zu veranschaulichen. Das territoriale Wachstum der schlesischen Hauptstadt infolge von Eingemeindungen und der Expansion in das Umland ist dabei besonders gut auf den beiden Entwicklungsphasenkarten (S. 72–75) nachvollziehbar. Interessant ist zudem ein Vergleich der eingangs erwähnten Luftaufnahmen mit Landkarten aus den vierziger Jahren. Auf Letzteren sind, allerdings wenig überraschend, wichtige Fabriken, Bahnhöfe sowie Schienenverläufe nicht verzeichnet.

Zu konstruktiver Kritik bietet der Atlas wenig Anlass. Gewiss kann man den Autoren vorhalten, dass sie keine Angaben zum prozentualen Verhältnis von Katholiken und Protestanten vor 1945 geben. Eine Frage ist zudem, ob die heute in Breslau lebenden, für das Erscheinungsbild der Stadt aber weitgehend irrelevanten nationalen Minderheiten relativ weiträumig Erwähnung finden mussten (S. 42). Dies sind jedoch Marginalien. Denn insgesamt lässt der fünfte Band des *Historisch-topographischen Atlas* kaum etwas zu wünschen übrig. Gestalterisch und inhaltlich bleibt er dem hohen Niveau seiner Vorgänger treu. Neben einem prononcierten Überblick zur Stadtgeschichte bietet er eine gut aufbereitete Sammlung von Karten, die vom 19. bis zum frühen 21. Jahrhundert reicht. Vergleichbare Werke hat man bislang vergebens gesucht. Mit Spannung und Vorfreude darf man daher auf die kommenden Ausgaben der Reihe blicken.

Matthias E. Cichon, München

ADRIANNA AGATA MICHEL: Polens Staatlichkeit in sieben Jahrhunderten. Eine völkerrechtliche Analyse zur Staatensukzession. Frankfurt a.M. [usw.]: Peter Lang, 2015. XXXVII, 601 S., 10 Ktn., 3 Tab. = Schriften zum internationalen und zum öffentlichen Recht, 112. ISBN: 978-3-631-65467-5.

Gleich der erste Satz dieser Dissertation macht den Rezensenten in seinem Selbstverständnis als Historiker stutzig. Denn die Autorin spricht, ohne den geringsten Zweifel an der Richtigkeit dieser Aussage, von der „polnischen Nation“ und deren bewegter Geschichte, „die um das Jahr 1000 begann“ (S. 1). Diese

Irritation hat immerhin ihr Gutes. Sie macht gleich zu Beginn deutlich, dass wir es hier nicht mit einer Abhandlung zu tun haben, die fachhistorischen Rationalitätskriterien genügen will – und dementsprechend auch nicht daran gemessen werden sollte.

In Aufbau und Duktus erinnert die Arbeit vielmehr an ein juristisches Rechtsgutachten, das vor einem Gericht die ununterbrochene Staatensukzession Polens seit dem ausgehenden Mittelalter belegen soll. Jedem Rechtsgutachten muss eine rechtliche Norm zugrunde liegen. Im vorliegenden Falle sind dies die Kategorien und Begriffsbildungen der modernen Völkerrechtslehre, wie sie sich seit dem 19. Jahrhundert ausgebildet haben. Anhand dieser Kategorien analysiert die Autorin Vertrags- und andere Rechtstexte seit der Union von Krewo 1385 bis hin zu den Friedensverträgen nach dem Ersten Weltkrieg.

Fein strukturiert legt Michel jeweils den Inhalt eines solchen Rechtstextes aus („Rechtsgrundlage“), bewertet ihn anschließend nach den Kriterien *de iure* und *de facto*, um schließlich zu einer „Stellungnahme“ oder „Schlussfolgerung“ zu gelangen. Im Rahmen dieser Stellungnahmen haben, wie es sich für ein Parteigutachten gehört, Begriffe wie „Rechtmäßigkeit“ oder „Verstoß“ (zum Beispiel gegen einen Vertrag oder das Selbstbestimmungsrecht der Völker) ihren selbstverständlichen Platz. (Leider hat der Verlag seine editorische Verantwortung nicht wahrgenommen und die eigentlich hierarchische Struktur des Rechtsgutachtens im Inhaltsverzeichnis wenig übersichtlich abgebildet. So verwirren die vielfältigen Gliederungsebenen letztlich mehr, als dass sie der Orientierung dienen.)

Dem Rezensenten, zugegeben einem Nicht-Juristen, scheint es, dass ein Rechtsgutachten im vorliegenden Stile zur Erklärung historischer Entwicklungen wenig Erhellendes beizutragen vermag. Die wenig erfolgversprechende – und mit der Zeit auch ermüdende – Methode Michels, in einem gleichsam strafrechtlichen Indizienprozess ein Plädoyer für die Unversehrtheit des Opfers (Polen) im Konjunktiv zu halten, sei am Beispiel der Ausführungen zur Dritten Polnischen Teilung von 1795 vorgeführt.

Zuerst formuliert die Verfasserin ihre Leitfragen zu diesem Thema: „Fraglich ist, wie die letzte Teilung [...] hinsichtlich des Sukzessionsvorgangs zu bewerten ist. Zunächst wird untersucht, ob die Teilungsmächte die Gebiete annektiert haben könnten [sic!]. Da bei der letzten Teilung das komplette polnisch-litauische Staatsgebiet von den Nachbarmächten besetzt wurde, muss geprüft werden, ob der polnische Staat durch die dritte Teilung untergegangen ist [sic!].“ (S. 353) Und ihr Zwischenergebnis zehn Seiten später: „Der polnisch-litauische Unionsstaat ist im Jahre 1795 nicht als Staat untergegangen. Der polnische Staat existierte wegen der Völkerrechtswidrigkeit der dritten Teilung *de iure* fort. Da im Jahre 1795 noch nicht absehbar war, ob die Teilungsmächte effektive Staatsgewalt über die besetzten Gebiete ausüben würden, ist von der Kontinuität des polnischen Staates auszugehen. Ein anderes Ergebnis könnte erst aus einer *ex post*-Betrachtung der Teilungsgebiete resultieren, wenn die Teilungsmächte die Gebiete tatsächlich erfolgreich in ihre Territorien einverleibt hätten.“ (S. 364) Dass der polnische Staat nach 1795 *de iure* weiter existierte, begründet Michel schließlich mit einem Hinweis auf die fehlende Zuständigkeit des Wiener Kongresses 1815 in dieser Frage: „Im Ergebnis konnten die Teilnehmerstaaten des Wiener Kongresses die rechtswidrige endgültige Aufteilung Polen-Litauens im Jahre 1815 aufgrund der fehlenden territorialen Kompetenz nicht nachträglich legitimieren, sodass der polnische Staat nicht im Jahre 1795 untergegangen ist, sondern noch fortbestand.“ (S. 409). Diese Argumentation wird schließlich mit Blick auf die Entwicklungen im 19. Jahrhundert fortgesetzt: So habe das Organische Statut von 1832 gegen die Beschlüsse des Wiener Kongresses verstoßen und sei damit völkerrechtswidrig gewesen – der polnische Staat habe also auch danach *de iure* weiter bestanden (S. 431–432). Usw. usw. Streng juristisch mag dies ja alles stimmen, aber welcher historische, realitätsbezogene Erkenntnisgewinn ergibt sich daraus? Und: Spielt sich Geschichte im Konjunktiv ab?

Wenig verwunderlich lautet gleichsam das Schlussplädoyer der Autorin für die ununter-

brochene Staatlichkeit Polens: „Das Beispiel Polen verdeutlicht, dass der Wille des polnischen Volkes, am Staat festzuhalten, den dauerhaften Untergang des polnischen Staates verhindern konnte und seine Wiedererrichtung ermöglichte.“ (S. 513)

Dem inhaltlichen Hauptteil der Dissertation (*Völkerrechtliche Würdigung der Vorgänge in Polen*, S. 245–505) gehen zwei Abschnitte voraus, die für die Buchpublikation anders gestaltet werden können. Den ersten Teil *Historische Entwicklung Polens* (S. 13–108) hätte man der Redundanzen wegen inhaltlich besser mit dem Hauptteil verschränkt. Denn um einen Über-

blick über die Geschichte Polens zu erhalten, wird man gewinnbringender auf andere Titel zurückgreifen, die den Forschungsstand berücksichtigen. Im zweiten Teil *Staaten und Staatensukzession* (S. 109–244) referiert die Autorin die Ergebnisse des theoretischen Völkerrechts zu Fragen des Staatsbegriffs, der Erscheinungsformen von Staaten, zum Untergang von Staaten, zur Staatensukzession und so weiter. Auch hier wäre eine bessere Verzahnung dieses weitgehend die Rechtstheorie rekapitulierenden Abschnitts mit dem Hauptteil der Abhandlung dem Ganzen nur förderlich gewesen.

Christophe von Werdt, Bern

MARA KALNINS: *Latvia. A Short History*. London: Hurst, 2015. 237 S., 9 Abb., 7 Ktn. ISBN: 978-1-84904-462-2.

Eine kurze Darstellung der Geschichte eines Landes soll den Leser knapp, aber fundiert einführen und den aktuellen Stand der Forschung repräsentieren. Das wird von Mara Kalnins, einer an der Universität Cambridge tätigen Literaturwissenschaftlerin mit Schwerpunkt auf neuester englischer Literatur, nicht geleistet. Die Verfasserin ist lettischer Herkunft und eine ausgewiesene Kennerin von D. H. Lawrence und Joseph Conrad, aber eben nicht der Geschichte Lettlands. Sie kann sehr flüssig und lesbar schreiben, doch der Text leidet unter Tippfehlern, falschen Datierungen und Fehlinterpretationen. Er ist der Bevölkerung Lettlands gewidmet und möchte die Geschichte der lettischen Nation erzählen, aber über lange Strecken verfällt er in eine langweilige Ereignisgeschichte, wenn es beispielsweise um die mittelalterliche Eroberung des Landes geht.

Dem Buch ist eine mitunter fehlerhafte Chronologie vorangestellt. Es gibt ein Ortsnamensverzeichnis, in dem sogar Lettland auf Lettisch falsch geschrieben wird (*Latvia* anstelle von *Latvija*), Endnoten, die weitere Erläuterungen und Belege für Zitate liefern, aber nicht ausreichend auf die genutzte Literatur verweisen, eine lückenhafte Auswahlbibliografie, beispielsweise ohne Hinweis auf Andrejs Plakans'

englischsprachiges Standardwerk, und ein Register. Das Beispiel der Ortsnamen möge belegen, wie schlampig die Verfasserin arbeitet. Sie kündigt die Verwendung der historischen, offiziell verwendeten Ortsbezeichnungen an. Dies wären dann vom Mittelalter bis ins späte 19. Jahrhundert zumeist die deutschen. Stattdessen werden, mitunter in einem Satz, lettische, deutsche und englische Namen gemischt. Laut Kalnins lag Dorpat im 17. Jahrhundert in Estland, tatsächlich befand sich die Stadt bis 1917 in der Provinz Livland. Dies sorgt beim Leser für Verwirrung, ebenso wie beispielsweise die Fehldatierung von Hitlers Machtübernahme auf 1934, falsche Jahreszahlen für die Umsiedlung der Deutschbalten oder für die erste Universitätsgründung in der Region. Aus den Schwertbrüdern werden die Schwerritter und aus König Stephan Bathory wird Stephen Bagory, die Pruzzen wurden im 17. Jahrhundert ausgerottet und nicht assimiliert usw. Die Zuverlässigkeit von Kalnins Angaben liegt wahrscheinlich noch unter der von Wikipedia.

Zu den zahlreichen faktischen Fehlern kommt noch hinzu, dass Kalnins über weite Strecken einer veralteten nationalistischen Historiografie folgt. So wird ein viel zu großes Verbreitungsgebiet der baltischen Stämme für die Bronzezeit angenommen (S. 6); es gab ein „goldenes Zeitalter“ in der ersten Hälfte des ersten Jahrtausends, sie spinnt an der Legende von der „guten Schwedenzeit“, die sie als Periode einer

„wohlgesonnenen Hegemonie“ bezeichnet (S. 79), und idealisiert die autoritäre Herrschaft von Kārlis Ulmanis im 20. Jahrhundert. Aus dem Herzogtum Kurland macht die Verfasserin gar einen Nationalstaat (S. 79). Die lettische Eigenstaatlichkeit ist bei ihr stets eine große Erfolgsgeschichte und das eigentliche Ziel der Geschichte des Landes, wobei reale Probleme wie die Behandlung der nationalen Minderheiten oder Wirtschaftskrisen minimiert werden.

Wie wenig sie mit den Werkzeugen des Historikers umgehen kann, zeigt sich in einer äußerst naiven Einstellung gegenüber Quellen. Die lettischen Dainas, also Volkslieder oder Gedichte, die im 19. und frühen 20. Jahrhundert gesammelt wurden, seien die fruchtbarste Quelle zur Rekonstruktion der heidnischen Weltsicht der frühen Letten (S. 31). Sicherlich eröffnen sie Einblicke in die baltische Mythologie, aber wenn ein Text mündlich tradiert wird, ist es sehr unwahrscheinlich, dass er nach 600–700 Jahren noch eine historische Rekonstruktion erlaubt. Einer mittelalterlichen Quelle folgend, schreibt Kalnins, der Meister des Deutschen Ordens habe 1351 zugegeben, dass er im Laufe eines Jahrzehnts im Baltikum 117.000 Mann durch kriegerische Konflikte verloren habe (S. 49). Zur selben Zeit dürften in der Region weniger als eine halbe Million Menschen, darunter einige Hundert Ordensbrüder, gelebt haben. Die Verfasserin erkennt die typische Übertreibung von mittelalterlichen Zahlenangaben nicht.

Das Buch ist in acht Kapitel gegliedert, wobei sich das erste den Ursprüngen widmet. Bei der Vorgeschichte begibt sich Kalnins durchaus auf dünnes Eis, ist sie doch nur archäologisch und durch Quellen aus dem Ausland dokumentiert. Das zweite Kapitel unter dem Titel *Ein unterworfenen Volk* behandelt die Eroberung und die erste Hälfte des lettischen Mittelalters, während das folgende den Zeitraum bis zur Einnahme der baltischen Provinzen durch das Russische Reich darstellt. Hierbei hält sich Kalnins aber nicht streng an chronologische Grenzen.

Das vierte Kapitel stellt den Zeitraum der russischen Herrschaft dar, die laut Verfasserin

eine deutliche Verschlechterung zur vorangehenden schwedischen war. Sie geht auf die Institution der Leibeigenschaft und ihre Verschärfung ein, jedoch ohne die wirtschaftlichen Ursachen auch nur anzuführen. In dieser Periode unterschlägt sie auch beispielsweise die Februarrevolution von 1917 oder die Tatsache, dass Riga eine der am schnellsten wachsenden Städte des Zarenreichs vor dem Ersten Weltkrieg war. Im fünften Kapitel beschreibt sie dann die Geschichte der Republik Lettland als Erfolgsgeschichte und charakterisiert die Jahre von der Unabhängigkeit bis 1940 als Dekaden der Freiheit (S. 130), obwohl bereits 1934 ein autoritäres Regime eingerichtet wurde. Die Deindustrialisierung in den zwanziger Jahren wird einfach übergangen.

Im sechsten Kapitel schreibt Kalnins dann über die Zeit des Zweiten Weltkriegs. Hierbei verwendet sie den Topos der Deportation von Letten, um sie durch Russen zu ersetzen (S. 152), der bisher nicht belegt werden konnte, oder behauptet, dass nach dem Krieg eine Repatriierung nach Lettland gleichbedeutend mit einem Todesurteil gewesen sei (S. 159), was schlicht Unsinn ist. Die überwiegende Mehrheit der Repatriierten wurde nach Durchlaufen eines unangenehmen Filtrationslagers nämlich entweder nach Hause geschickt oder für ein bis zwei Jahre an Arbeitsbataillone überwiesen. In der Darstellung der Sowjetrepublik Lettland im folgenden Kapitel sind die nationalistischen Positionen des Exils deutlich zu erkennen. Das Abschlusskapitel beschäftigt sich mit der Periode nach dem Wiedererringen der Staatlichkeit und ist sehr unkritisch. Von allen drei baltischen Staaten verlief die postsozialistische Transformation nämlich gerade in Lettland am problematischsten; einmal musste sogar der Staatsbankrott abgewendet werden. Die Minderheitenfrage wird auch weitgehend ausgeblendet.

Es könnten noch bedeutend mehr fragwürdige Stellen in diesem Buch angeführt werden. Die in Lettland historisch ansässigen Russen, Deutschbalten, Juden und andere Minoritäten werden nur ungenügend behandelt. Zahlreiche wichtige Themen blendet die Verfasserin aus,

wiederholt alte Klischees und Stereotypen und fügt noch eigene Fehler hinzu. Sie hat sich offenbar nicht tief genug in ihr Thema eingearbeitet. Von der Lektüre dieses Werks ist eindeutig abzuraten. Wer sich auf Englisch über

die Geschichte Lettlands informieren möchte, sollte zu Andrejs Plakans' altem, aber soliden Standardwerk *The Latvians. A Short History* greifen.

Olaf Mertelsmann, Tartu

MADLENA MAHLING: *Ad rem publicam et ad ignem*. Das mittelalterliche Schriftgut des Rigaer Rats und sein Fortbestand in der Neuzeit. Marburg/Lahn: Herder-Institut, 2015. XIV, 474 S. = Studien zur Ostmitteleuropafor-schung, 33. ISBN: 978-3-87969-398-6.

Der Haupttitel des Buches stammt aus dem am Ende des 16. Jahrhunderts über dem Kamin der Kanzleistube des Rigaer Rates angebrachten, heute nicht mehr vorhandenen Spruch und wird von der Verfasserin mit Eleganz im metaphorischen Sinn auf das Schriftgut dieser Institution bezogen. Gleich am Anfang der Untersuchung erklärt Madlena Mahling die Mehrdeutigkeit dieses Ausdrucks und formuliert zugleich auch die eigene Forschungsaufgabe: „Zu untersuchen ist, in welcher Art und Weise das Schriftgut über Jahrhunderte sich zwischen den Polen *res publica* und *ignis*, das heißt zwischen Gebrauch und Vernichtung, Erschließung und Vergessen hin zu seiner heutigen Gestalt bewegte, welchen Einflüssen und Entwicklungen es im Laufe der Zeit unterworfen war und in welche Zusammenhänge es in und außerhalb der Kanzlei und Archiv eingebunden wurde.“ (S. 4)

In dieser originellen Fragestellung besteht eine der stärksten Seiten der Monographie – geboten wird viel mehr als traditionelle chronologische Erzählung über eine Behörde und ihre Archivalien. Aus kulturhistorischer Perspektive ausgewertet wird die Entstehung, Aufbewahrung, Systematisierung der Dokumentation des Rates der mehr als 800 Jahre alten ehemaligen Hansestadt sowie die im Schriftgutkomplex erlittenen Verluste. Sowohl die mittelalterlichen Verhältnisse als auch spätere Einschnitte haben sich auf die Zusammenstellung der Dokumente ausgewirkt und den Umgang mit dem Schriftgut des Rates beeinflusst.

Als sich die Stadt an der Düna seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts zuerst der polnisch-litauischen, dann der schwedischen und zuletzt am Anfang des 18. Jahrhunderts der russischen Krone unterwerfen musste, entwickelte sich die Tätigkeit des Rigaer Rates unter wechselhaften Bedingungen. Wechselvoll war die Geschichte der Stadt und ihrer Verwaltung auch im 20. Jahrhundert.

Von 1918 bis zur sowjetischen Besetzung im Jahre 1940 war Riga Hauptstadt Republik der Lettland, danach fünfzig Jahre lang nur die Hauptstadt einer Teilrepublik der UdSSR, bis die Stadt nach der Wiedergewinnung der Unabhängigkeit Lettlands in den Jahren 1990/1991 zu ihrem früheren Status zurückkehrte.

Es wird gezeigt, wie zeitgebunden und veränderlich das Interesse an dem mittelalterlichen Schriftgut des Rates und die Vorstellungen von seiner Verwendbarkeit vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart war, welche Bedeutung der jeweilige aktuelle Bezug für die Nutzung und Strukturierung des historischen Materials hatte. Konsequenterweise bindet die Verfasserin ihre Analyse in den historischen, politischen und historiographischen Kontext der Entwicklung der Stadt, des Landes und seines Archivwesens ein und schildert, wie seinerzeit die deutsche Einwohnerschaft Rigas und Lettlands das Schrifttum des Rates im Kampf für ihre Privilegien und nationalen Interessen verwendete. Nachdem im 20. Jahrhundert die Bedeutung der mittelalterlichen Dokumente als Argument für die politische Debatte an Aktualität verloren hatte, wurde das Archiv vornehmlich als Sammlung historischer Quellen angesehen. Die Intensität ihrer Benutzung hing seitdem vom Interesse der Forschung an der älteren Geschichte Rigas und seines Rates ab.

Obwohl der Rigaer Rat nach Einschätzung von Madlena Mahling einst über eine der pro-

duktivsten Kanzleien im östlichen Ostseeraum verfügte (S. 3) und dementsprechend zahlreiche Dokumente hervorbrachte, besteht heutzutage sein Archiv weder als eine eigenständige administrative Institution, noch als eine einheitliche Dokumentensammlung. Die Bestände des ehemaligen Ratsarchivs sind aufgespalten und größtenteils in mehrere Fonds des Staatlichen Historischen Archivs Lettlands eingegliedert. Im diesen Zusammenhang fällt der Unterschied zur Rigaer Schwesterstadt der Hansezeit Reval – dem heutigen Tallinn – auf. Obwohl Estland ähnliche Machtwechsel und Einbrüche in seiner Geschichte erlebte, existiert das Stadtarchiv von Tallinn heute als Einrichtung des Stadtrats und ist sowohl als eine historisch gewachsene, kompakte Sammlung von Quellen als auch als Forschungsstätte lokal und international bekannt. Wenn auch Mahling sich nicht um einen speziellen Vergleich bemüht hat, wird es dem Leser verständlich, warum die Geschichte des Rats- bzw. Stadtarchivs von Riga in der neueren Zeit unter den gegebenen verwaltungstechnischen und politischen Bedingungen anders als die des Rats- bzw. Stadtarchivs der heutigen Hauptstadt Estlands verlaufen ist.

Die zweiteilige Gliederung der Arbeit (Teil I: Mittelalter, Teil II: Neuzeit – mit jeweils zahlreichen erweiterten Unterkapiteln) erleichtert nicht nur die Übersicht, sondern ist auch für die vorgenommene Analyse günstig. Im ersten Teil wird die Entstehung und Entwicklung des Rigaer Rates vom 13. bis zum 16. Jahrhundert, seine Kanzlei, seine Jurisdiktion und das im diesen Zusammenhang entstandene Schriftgut sowie die Aufbewahrung und Ordnung des Letzteren dargestellt. Dabei wird nicht nur die komplizierte Geschichte des Schrifttumsbestands erklärt, sondern auch zum ersten Mal dieser historische Quellenkomplex umfassend ausgewertet. Im zweiten Teil, der sich chronologisch vom Ende des 16. Jahrhunderts bis zum Ende des 20. Jahrhunderts erstreckt, wird gezeigt, wie man das mittelalterliche Ratsschriftgut in der Neuzeit einerseits rezipiert, geordnet und für die Forschung erschlossen, andererseits aber für politische und

ideologische Zwecke eingesetzt hat. Dank der oben erwähnten Zweiteilung gelingt es, sowohl den eigentlichen historischen Wert des Schriftguts aus dem Archiv des mittelalterlichen Rigaer Rats darzustellen als auch die Verluste zu erklären. Überzeugend fällt das abschließende Kapitel *Überlieferung als Transformation* aus, in dem die Ergebnisse der Untersuchung zusammengefasst werden. Eine Fülle an Information bieten die Anhänge, wobei besonders wertvoll für die künftige Forschung die Publikation des Findbuchs des Urkundendepots des Rigaer Rates aus dem Jahr 1507 und seine Konkordanz mit den heutigen Beständen (mit Signaturen) und Editionen ist.

Im Laufe der Jahrhunderte – dank dem geringen Gebrauchswert, der Nachlässigkeit, dem menschlichen Versagen und Bränden – ist viel Schrifttum des Rigaer Rates verlorengegangen. Die Verfasserin geht den Spuren dieser Verluste nach und zeigt zum ersten Mal in der Ganzheit, was für historische Schätze das Archiv früher besaß. Mit Sachkenntnis werden die Leistungen der einzelnen Rats-, bzw. Stadtarchivare dargestellt und gewürdigt (1882 wurde das Ratsarchiv ins Stadtarchiv umgewandelt) sowie die Bedingungen, unter jeder von ihnen arbeiten müsste, charakterisiert. Es wird deutlich, dass das Schicksal eines einzelnen Archivs, wenn es mit Expertenwissen dargestellt wird, nicht nur als ein Stück Verwaltungsgeschichte erscheint, sondern auch zu einem unerwartet fesselnden Gegenstand verdichteter politischer und sozialer Geschichte und der Kulturgeschichte einer Stadt und des ganzen Landes werden kann. Dabei kommen die verschiedenen Perspektiven – die deutsche, die lettische und die russische – nicht zu kurz.

Das Buch von Madlena Mahling ist auf hohem wissenschaftlichen Niveau geschrieben und verdient höchste Anerkennung. Der methodische Zugriff und die Konzeption sind gut begründet und überzeugend. Beachtet wird sämtliche wichtige Fachliteratur zur Geschichte des Rigaer Ratsarchivs, seines Schriftguts und zum Archivwesen Lettlands in verschiedenen Sprachen, was durch die ausgezeichneten Lettisch- und Russischkenntnisse der Verfasserin ermög-

licht wurde (nur als Muttersprachler erkennt man einige wenige Fehler in der Rechtschreibung der lettischen Namen). Sogar die Handschriften älterer lettischer Forscher wie beispielsweise Roberts Malvess, Jānis Straubergs und Rūdolfs Širants, auf die selbst die örtlichen Forscher nicht in allen Fällen zurückgreifen, werden mit Sachkenntnis einbezogen.

Besonders hervorzuheben ist die sehr detaillierte Kenntnis des Originalmaterials aus dem Staatlichen Historischen Archiv Lettlands und der bisherigen Quelleneditionen, deren Qualität aus der Perspektive des editorischen Standards ausgewertet wird. Madlena Mahling vergleicht die zahlreichen Veröffentlichungen von Quellen mit den Originalen, entdeckt, erklärt und korrigiert Fehler und polemisiert mit

einzelnen Forschern und Herausgebern über wichtige Details. In vielerlei Hinsicht – nicht nur in Bezug auf das Archivwesen Lettlands, sondern auf zahlreiche Fragen der Geschichte Rigas und des Baltikums – gibt das Buch Anstoß für weitere Forschung.

Die grundlegende Charakteristik der Bestände und zahlreiche Hinweise bis hin zu einzelnen Signaturen werden den Benutzern der Quellen des ehemaligen Rigaer Ratsarchivs die Forschungsarbeit wesentlich erleichtern – umso mehr, weil ein gedruckter Archivführer bis heute fehlt. Bei jeder künftigen Forschung zur älteren Geschichte Rigas wird man an dieser Arbeit nicht vorbeikommen.

Iļyars Mišāns, Rīga

JOACHIM BAHLCKE: *Gegenkräfte. Studien zur politischen Kultur und Gesellschaftsstruktur Ostmitteleuropas in der Frühen Neuzeit*. Marburg/Lahn: Herder-Institut, 2015. XVII, 481 S., 53 Abb. = *Studien zur Ostmitteleuropaforschung*, 31. ISBN: 978-3-87969-396-2.

Der zu rezensierende Band versammelt verschiedene Aufsätze von Joachim Bahlcke, die in den Jahren seit 1993 an teils entlegenen Orten erschienen sind. Sie befassen sich mit frühneuzeitlichen „Gegenkräften“ gegen die Bestrebungen monarchie-zentrierter Staatsbildungen in Ostmitteleuropa. Wie Bahlcke mit einem historiographischen Seitenblick auf die eigenen Beiträge vermerkt, entspringt diese Beschäftigung mit den „Freiheitstraditionen Ostmitteleuropas“ (Klaus Zernack) durchaus zeitgebundener Aufmerksamkeit: Das aufkeimende Interesse für diesen Themenkreis ist vom zeitgeschichtlichen Hintergrund des historischen Umbruchs des Jahres 1989 in Ostmitteleuropa und dem damit einhergehenden „Enthusiasmus“ kaum zu trennen (S. XV–XVI). Deshalb thematisieren die Aufsätze Bahlckes nicht zuletzt Fragen der „historiografischen Rekonstruktion“ und der „erinnerungskulturellen Transformation“ (S. XII) im Umgang mit der frühneuzeitlichen Geschichte Ostmitteleuropas.

Bahlcke unterteilt die *Gegenkräfte* zu einer monarchie-zentrierten Staatsbildung in solche ständisch-sozialer, geistig-religiöser und regional-territorialer Natur. Weiterhin ordnet er seine Studien drei – allerdings sehr allgemeinen und damit etwas beliebigen – Themenkapiteln zu. Das erste befasst sich mit politischen Ordnungsvorstellungen und Verfassungspraxen. Hierbei kommt ständischen und religiösen Freiheitsbegriffen eine besondere Bedeutung zu. Am Beispiel der habsburgischen Kronländer zeichnet der Autor in verschiedenen Aufsätzen die Ausbildung ständisch-territorialer und rechtlicher Länderidentitäten nach. Und er beschreibt die Versuche der Annäherung und Bündnisbildung zwischen diesen Ländern als Gegenbewegung zur monarchisch-herrschaftlichen Staatsbildung mit einem Höhepunkt im frühen 17. Jahrhundert und ihrer (historiografischen) Fernwirkung bis ins 19. Jahrhundert. Im zweiten Themenkapitel unter der Überschrift *Strukturen und Strukturvergleiche* folgen Aufsätze, die sich schwerpunktmäßig der Konfession als Kristallisationskern des Ständischen in Böhmen, Ungarn, Siebenbürgen, Schlesien und Kroatien widmen. Das letzte Themenkapitel *Gesellschaftliche Formierungs- und Austauschprozesse* widmet sich der Herausbildung und dem Selbstbewusstsein der Adelsstände in Böhmen,

Ungarn, Schlesien und Mähren, wobei auch hier die Konfession eine herausragende Rolle spielt.

Auffallend für eine Studiensammlung zu *Gegenkräften* in Ostmitteleuropa während der Frühen Neuzeit ist die weitgehende Abwesenheit des polnisch-litauischen Entwicklungsmodells. Polen-Litauen wird nur gerade in zwei vergleichenden Aufsätzen zu Föderationsmodellen und Libertas-Vorstellungen thematisiert, obwohl Bahlcke an einer Stelle (S. 22) selbst feststellt, dass sich gerade die politiktheoretische Reflexion zum Thema der ständischen „Gegenkräfte“ einzig in Polen in einem reichen Schrifttum niedergeschlagen hatte. Zweifellos hängt dies mit den Forschungsschwerpunkten des Autors zusammen und ist insofern legitim.

Im Rahmen dieser Rezension ist es nicht möglich, auf sämtliche in diesem Sammelband zusammengestellten Aufsätze einzugehen. Es seien deshalb jene Studien besonders erwähnt, die länderübergreifend vergleichenden und synthetischen Charakters sind. Im einleitenden Beitrag zu *Unionsstrukturen und Föderationsmodellen*, der auch auf die Diskussion der älteren Historiographie und ihrer herausragenden Protagonisten (Hoetzsch, Krofta, Eckhart, Halecki) eingeht, unterstreicht Bahlcke bilanzierend „ein in allen ostmitteleuropäischen Ländergruppen zu beobachtendes hohes ständisches Integrationspotenzial“ (S. 18). Dies führt ihn zur Schlussfolgerung, dass anti-absolutistische Gegenkräfte, die neuartige, nicht-monarchische politische Strukturen ermöglichten, nicht nur im Rahmen der „bürgerlichen Vergesellschaftung“ angelegt

gewesen seien. Im Aufsatz zu den „Libertas-Vorstellungen“ verfolgt Bahlcke die Entwicklung des Freiheitsbegriffs in den Adelsgesellschaften Polens, Böhmens und Ungarns. Er unterstreicht hier die identitätsstiftende Funktion des Freiheitsbegriffs, der auch überständisches Potential aufwies.

Die verschiedenen im Sammelband vereinigten Detailstudien weisen – nicht verwunderlich – zahlreiche thematische Überschneidungen und Redundanzen auf. Sie kreisen alle um die von Bahlcke einleitend skizzierten Kernthemen und haben einen zeitlichen Schwerpunkt in der Epoche der Konfessionalisierung und der Krisen der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Es wäre also aus Sicht des Rezensenten nahegelegen, die verschiedenen Studien nicht einfach unverändert wieder abzudrucken. Vielmehr hätte sich dem in seinem Forschungsbereich überaus bewanderten Autor die Chance geboten, unter dem Aspekt der ständisch, religiös und territorial verankerten „Gegenkräfte“ eine strukturierte Gesamtschau auf die Länder der böhmischen und ungarischen Krone für das 16. und 17. Jahrhundert zu wagen. Schade, dass diese ausgeblieben ist. Auch eine entsprechende Zusammenfassung und ein Fazit aus den verschiedenen Studien fehlen im Sammelband. So bleibt der Rezensent mit einem punktuellen und eklektischen Eindruck aus verschiedenen, im Sammelband zusammengeführten Forschungsaufsätzen zurück, wo er sich doch auf eine Synthese zwischen zwei Buchdeckeln gefreut hätte.

Christophe von Werdt, Bern

URSZULA AUGUSTYNIAK: *History of the Polish-Lithuanian Commonwealth. State – Society – Culture*. Editorial work by Iwo Hryniewicz. Transl. by Grażyna Waluga (Chapters I–V) and Dorota Sobstel (Chapters VI–X). Frankfurt a. M. [usw.]: Peter Lang, 2015. 573 S., 10 Ktn., 6 Tab., 2 Graph., 1 Abb. = *Polish Studies – Transdisciplinary Perspectives*, 13. ISBN: 978-3-631-62977-2.

Augustyniak hat ihr Buch bereits 2008 auf Pol-

nisch unter dem Titel *Geschichte Polens: 1572–1795* veröffentlicht. Nun liegt dessen erster, strukturgeschichtlich orientierte Teil auch auf Englisch vor, während der zweite, ereignisgeschichtliche Teil nicht in diese Übersetzung aufgenommen worden ist. Augustyniak stellt im eigentlichen Sinne ein Handbuch zur Verfügung, das zugleich eine Kultur-, Sozial-, Wirtschafts- und staatliche Institutionengeschichte der „Republik des Königreichs Polen und des Großfürstentums Litauen sowie der zugehöri-

gen Provinzen“ ist, wie eine der offiziellen Staatsbezeichnungen lautete (S. 31).

Das Handbuch ermöglicht tatsächlich einen Überblick über sämtliche Lebensbereiche der polnisch-litauischen Gesellschaft, wie diese sich nach ihrer staatlichen Konsolidierung seit der Union von Lublin 1569 bis zum Untergang des Doppelreiches während über 200 Jahren präsentierte und entwickelte. In diesem Sinne ist es eine umfassende Gesellschaftsgeschichte auf dem neuesten Forschungsstand. Aufgrund dieses breiten Anspruchs können natürlich die einzelnen Themen nicht mit der inhaltlichen und entwicklungsgeschichtlichen Tiefenschärfe ausgelotet werden, wie das bei einer monographischen Abhandlung der Fall wäre. (Der hier nicht mit übersetzte, diachron angelegte ereignisgeschichtliche Teil der polnischen Originalausgabe liefert diese entwicklungsgeschichtliche Tiefenschärfe zumindest in gewissen Themenbereichen.) Das vorliegende Resultat überzeugt nichtsdestoweniger, zumal es trotz der gebotenen Kürze der einzelnen Einblicke nicht den Eindruck einer statischen Gesellschaft vermittelt.

Tatsächlich wäre dem Rezensenten kein Themenbereich aufgefallen, der nicht behandelt würde. Die Kapitelüberschriften können die umfassende inhaltliche Bandbreite nur andeuten: politische Geographie des Staates; politisches System und Regierungsform; Rechts-, Finanz- und Militärwesen; Staat und Kirche; Wirtschaft; Gesellschaft; soziale Beziehungen und Alltag; Kultur und Ideologie; Kommunikation und Erziehung; Kunst, Wissenschaft, Literatur. Von Fragen der Bienenzucht über solche der persönlichen Hygiene bis zu den tatarischen Grundschulen wird ‚alles‘ gestreift – wenn manchmal auch nur in kurzen Absätzen, aber dank dem strukturierten Handbuchcharakter immer kontextualisiert. Bei jenen Themen, wo sich der Rezensent inhaltlich ein Urteil zutraut, kann er dabei der Autorin nur beipflichten in der Art, wie sie die wichtigen Linien für einen Überblick herausgearbeitet hat.

Es ist der Autorin hoch anzurechnen, dass sie bestrebt ist, bei ihren Ausführungen der Vielgestaltigkeit Polen-Litauens mit seinen bei-

den Kernländern (Königreich Polen, Großfürstentum Litauen) und diesen in unterschiedlicher Form assoziierten Territorien gerecht zu werden – und den die Republik bewohnenden verschiedenen konfessions- und rechtlich-ethnischen Gruppen (z. B. auch Juden, Armenier, Karäer, Roma und Schotten). Das Handbuch zeichnet das Bild einer multi-ethnischen und multi-kulturellen Gesellschaft und nicht des Staates einer einzelnen, nämlich der polnischen Nation, wenn auch der Schwerpunkt auf dem Adel und der Polnisch sprechenden Bevölkerung liegt (S. 26). Die Verfasserin verweist im Duktus ihrer Ausführungen immer wieder auf Forschungsmeinungen beispielsweise litauischer oder ukrainischer Fachhistorikerinnen, die von der polnischen Interpretation der Geschichte Polen-Litauens abweichen. Sie verwahrt sich zugleich gegen die Tendenz, die „Republik beider Nationen“ unter dem Primat der verschiedenen modernen Nationalgeschichten zu lesen, also gewissermaßen einzelne Perspektiven unter dem Paradigma des Nationalen aus dem gemeinsamen und verbindenden Erbe Polen-Litauens „herauszuparzellieren“ (S. 28).

Neben einem Literaturverzeichnis, einem Personen- und Ortsregister umfasst das Handbuch auch eine Reihe von sprechenden Karten sowie ein kurzes Glossar, in dem polnische und lateinische historische Quellenbegriffe erklärt werden. Wünschenswert wäre einzig gewesen, dass in den einzelnen Kapiteln der Monographie auf die weiterführende Literatur verwiesen wird, aus der die Autorin für die jeweiligen Abschnitte geschöpft hat. Denn sie verzichtet weitgehend auf Fußnoten, und das Handbuch verunmöglicht so der Leserin und dem Leser eine gezielte Vertiefung einzelner Fragestellungen durch Rückgriff auf Spezialliteratur.

Kurz und gut: Es wäre diesem Handbuch von Augustyniak wirklich zu wünschen gewesen, dass es die Gesellschaftsgeschichte Polen-Litauens im 17. und 18. Jahrhundert – und damit einen gewichtigen und speziellen Teil europäischer Geschichte – einem Fachpublikum, das des Polnischen nicht mächtig ist, in Über-

setzung zugänglich macht. Dieses Vorhaben ist leider nicht im erwünschten Umfange gelungen. Denn die Übersetzung ins Englische, die durch zwei Personen geleistet wurde, die nicht englischer, sondern polnischer Muttersprache sind, ist holprig und fehlerhaft. Stellenweise ist sie sogar entstellend, sodass die inhaltlichen Aussagen nur noch erahnt werden können. Immerhin ist den Übersetzerinnen zugute zu hal-

ten, dass auch die polnische Wissenschaftssprache von Augustyniak manchmal eine doppelte Lektüre erfordert, bevor man sie versteht. Wenn der Verlag jedoch behauptet, es habe ein *Peer-Review*-Verfahren vor der Veröffentlichung stattgefunden, so verspricht er mehr als er hält. Das Handbuch von Augustyniak hätte mehr verdient.

Christophe von Werdt, Bern

MIKOŁAJ SZOLTYSEK: Rethinking East-Central Europe. Family Systems and Co-Residence in the Polish-Lithuanian Commonwealth. Vol. 1: Contexts and Analyses. Vol. 2: Data Quality Assessments, Documentation, and Bibliography. Bern [usw.]: Peter Lang, 2015. XXX, 1062 S., 7 Ktn., 83 Tab., 130 Graph. = Population, Famille et Société – Population, Family, and Society, 21. ISBN: 978-3-03911-781-9.

Mikołaj Szoltysek's work is in many ways a game-changer for historical demography, anthropology, and the history of the family. Shedding light on the specificities of families and households in historical Poland-Lithuania, based on the CEURFAMFORM database (now part of the Mosaic project), Szoltysek creates a necessary frame of reference for any future work that might seek to deal with the family and the household in historical East Central Europe. The author is one of the main founders of the Mosaic project, and has published extensively in the past decade on family systems and household arrangements in East Central Europe. He is also (along with Siegfried Gruber) one of the developers of the Patriarchy Index, a powerful and invaluable instrument for the measurement of patriarchal relations across societies and epochs.

Szoltysek argues that the understanding of family systems and living arrangements in the Polish-Lithuanian Commonwealth is crucial within the context of "region-building", as these issues constituted "the very foundations upon which the spatiality of regional cultural identities" (p. 3) resides. This is a claim echoed throughout historical demography, and should

inform every work dealing with household arrangements, co-residence patterns, and families in historical perspective. Nevertheless, Eastern Europe has been taken to represent a monolithic case, where the same non-European patterns predominated in terms of family systems, an idealized ethnographic image of traditional peasant society, a space in-between where extended, joint households were the norm, patriarchal relations were deeply entrenched, and early marriage universal. Szoltysek's work does away with many of these claims, and in such a manner so as to be almost impossible to contradict, without very extensive evidence to the contrary. A few remarks on the structure of the work are necessary at this point.

This is by all means an impressive volume. It would have not been of lesser impact on the several fields in which the author moves with great easiness, were it to be reduced to only its section on analysis (beginning with part 2). The first chapter sheds light on the symbolic construction of East Central Europe as a space either in-between Slavic and German influences or a geographically Eastern area with "defective Western-like institutions" (p. 44). More significantly, it meticulously pulls apart the translation of these empirically-dubious claims onto the territory of historical demography, a translation that was often insufficiently reflected. The author does not stop at Western scholarly viewpoints on the region, but critically reassesses the strengths and weaknesses of the "marginalized discourses" from the region itself. What the author aims at is to provide a "much more nuanced geography of family patterns, while being sensitive to demo-

graphic underpinnings” (p. 109). Further chapters discuss the construction, scope, and content of the CEUFAMFORM database – based on almost 1000 micro-censuses of Polish-Lithuanian localities, most of which date from the latter half of the 18th century. This section, as the author acknowledges, might be of less interest to some readers, but can easily serve as a reference frame for any study that intends to explain the methodological framework behind the selection of certain sources. The rigorous testing applied to ascertain the representativeness of the chosen regions – aggregated into four clusters for ease of analysis, but often discussed at micro-level when necessary – should be a model for researchers seeking to build a strong case for the representativeness of their data. It should be noted that the households included in the study are exclusively rural, in order to ensure homogeneity in terms of social, environmental, and cultural factors (p. 146). A further chapter “documents the major contours and gradients of socio-economic and environmental variability” (p. 174) that could have left their mark on family systems and co-residence, examining the manorial system, demographic parameters, landowning and inheritance patterns, etc. Finally, these are reduced to a “heuristic device” of six major factors whose influence can be quantitatively disentangled from the results of the analysis. Chapters four and five are dedicated to the novel methods employed for this region: the use of synthetic cohorts for the longitudinal analysis of cross-sectional information, and the employment of microsimulation (CAMSIM).

The second part of the first volume in turn focuses on home-leaving patterns; the life-cycle service, where findings should prompt “a reconsideration of the dominant discourse on the pre-modern institution of service” (p. 401); nuptiality and age at first marriage, where “a clear East-West gradient in marital timing” emerges; the relationship between marital timing and household formation; the structure of households and co-residence, leading into a discussion of family forms, concluding that “a clear divergence of

eastern Polish-Lithuanian family forms from those dominant in the West of the Commonwealth” (p. 744), and that there was much more heterogeneity in East Central Europe in terms of the dissemination of joint- and stem-families than had been previously assumed.

The second volume presents the various ways in which the historical data of the micro-censuses was assessed for systematic biases and errors, such as age-heaping, under-registration of early infant mortality, etc. It can also serve as a frame of reference for how one should regard and deal critically with data stemming from historical population sources.

One of the volume’s greatest strengths is its exhaustivity, to which we cannot do justice in the present review. This is reflected in the overarching comparisons throughout the analytical chapters, where findings from Poland-Lithuania are minutely and rigorously compared to any other regions, for which such studies exist. In the relentless search for explanations that can withstand critical assessment, the author has also made explicit his thought processes, and how the contexts, methods, and classifications employed throughout the work were arrived at.

Especially revealing were his struggles with methodological innovation in the face of inconsistent and fragmentary historical sources, something which is shared by a great majority of historians-cum-demographers nowadays. This process of critical self-reflection has led the author, among other things, to re-assess his prior works, and acknowledge where his conclusions were lacking, a praiseworthy example of extricating oneself from one’s earlier research.

The work should serve as a reference point for any researcher wishing to embark upon an analysis of family forms in East-Central and South-Eastern Europe. Its scrupulously built analysis, which leaves no potential explanatory pathway unexplored, is a refreshing departure from the norm. If this is Szoltysek’s first *magnum opus*, we eagerly await what may come next.

Oana Sorescu-Iudean, Regensburg

Isabel Röskau-Rydel: Zwischen Akkulturation und Assimilation. Karrieren und Lebenswelten deutsch-österreichischer Beamtenfamilien in Galizien (1772–1918). München: De Gruyter Oldenbourg, 2015. 552 S., 28 Abb., 2 Ktn., Tab. = Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 55. ISBN: 978-3-11-034378-6.

Die zwischen 1772 und 1918 habsburgisch beherrschte Region Galizien avancierte in den vergangenen Jahren zu einem fruchtbaren Forschungsfeld, um Identitätsformierung und Interkulturalität in einer multikulturellen Region zu untersuchen. Die Krakauer Historikerin Isabel Röskau-Rydel beleuchtet in ihrem Buch über Karrieren und Lebenswelten deutsch-österreichischer Beamtenfamilien in Galizien zwischen 1772 und 1918 einen traditionell eher wenig beachteten Aspekt des multikulturellen Panoramas des habsburgischen Kronlands.

Den Ausgangspunkt der Untersuchung stellt dabei die Infragestellung von zwei Topoi der polnischen Forschung zu Galizien dar – nämlich erstens, dass die neue habsburgische Provinz nach 1772 „germanisiert“ worden sei (S. 14–15), und zweitens, dass die „polnische Mutter“ (*Matka Polka*) in deutsch-polnischen Familien eine Schlüsselrolle bei der Assimilation der nachkommenden Familienmitglieder an die polnische Kultur spielte (S. 19). Um der Frage der kulturellen Identität der ab 1772 nach Galizien versetzten deutschsprachigen Beamten nachzugehen, bedient sich die Autorin methodisch einer sozial, politisch und kulturell fundierten Biografiegeschichte und entwickelt ihr Argument anhand von zehn Beamtenfamilien, deren kulturelle Verortung über mehrere Generationen hinweg verfolgt wird.

Theoretisch rekurriert Röskau-Rydel wie sie in der Einleitung darlegt, auf eine anregende Auseinandersetzung mit soziologischen und kulturalanthropologischen Theorien zu Akkulturation und Assimilation, wobei erstere die Übernahme und Integration fremder kultureller Elemente (wie das Erlernen einer Sprache oder konfessionelle Konversion) bezeichnet, letztere als vollkommene Anpassung an eine

fremde Kultur gilt. In den Mittelpunkt stellt die Autorin dabei ein Generationenmodell, wonach ein gradueller Übergang von Akkulturation zu Assimilation über die Generationen hinweg zu beobachten sei (S. 29–37).

Die weiteren Kapitel folgen diesen Leitlinien und versuchen herauszufinden, wie Akkulturations- und Assimilationsprozesse innerhalb der zehn vorgestellten Beamtenfamilien verlaufen. Dabei wird über das eigentliche Sample an Biografien hinausgegangen und in Kapitel 2 („Galizien unter österreichischer Herrschaft“) nicht nur in die allgemeinen politischen und administrativen Gegebenheiten Galiziens eingeführt, sondern es werden auch die komplexen Interaktionen zwischen der adeligen polnischen Elite und der habsburgischen Bürokratie thematisiert. Die Autorin argumentiert überzeugend gegen einen simplen Gegensatz zwischen Beamtenschaft und Adel und verweist auf Foren des kulturellen Austauschs, beispielsweise Salons (S. 98), oder auf gemeinsame Projekte des intellektuellen Lebens wie die Gründung von Zeitungen (S. 101–102). Auch die Teilnahme einer Reihe von Beamtenöhnen am Novemberaufstand 1830/31 spricht für den fluiden Charakter kultureller Identitäten.

In Kapitel 3 wird die Selbst- und Fremdwahrnehmung der Beamten thematisiert. Apologetische Selbstvergewisserung wechselte mit kritischen Blicken auf die eigene Tätigkeit, während umgekehrt von polnischer Seite die Beamten oft stereotyp wahrgenommen werden. Die Autorin setzt einen dem historiografischen Trend der vergangenen Jahre zuwiderlaufenden Akzent, wenn sie darauf verzichtet, die negative Wahrnehmung der galizischen Gesellschaft durch die neu ins Land kommenden habsburgischen Beamten speziell in der Anfangszeit entsprechend in der Analyse zu thematisieren, wie dies in den Arbeiten Larry Wolffs, Hans-Christian Maners oder Iryna Vushkos geschieht. Auch wenn der Neuigkeitswert solcher Darstellungen begrenzt wäre, so hätte eine Berücksichtigung dieser Form des imperialen Diskurses die ablehnende Haltung der polnischen Eliten gegenüber den deutschsprachigen Beamten erhellen können.

In Kapitel 4, dem eigentlichen Hauptkapitel, werden die Biografien der zehn Beamtenfamilien von Baum von Appelhofen bis Wachholz vorgestellt und deren Akkulturations- und Assimilationsprozesse beleuchtet. Dabei überlappen sich die einzelnen Familiengeschichten teilweise in produktiver Weise. Deutlich wird dabei die Vielfältigkeit der möglichen Identitäten, die sich nicht auf eine lineare Anpassung an die polnische Kultur beschränkten, sondern auch eine Anpassung an die deutsche Kultur selbst noch nach 1867 bedeuten konnten.

Kapitel 5 fasst die Ergebnisse zusammen und streicht erneut heraus, dass die Akkulturationsprozesse der Beamtenfamilien nach 1772 entgegen den politischen Machtverhältnissen, d. h. von der deutschen zur polnischen Kultur, verliefen. Zudem weist die Autorin die Behauptung der polnischen Historiografie zurück, wonach eine Versetzung von Beamten nach Galizien eine „Degradierung“ bedeutet hätte und deshalb relativ schlecht ausgebildetes Personal den galizischen Verwaltungsapparat dominiert hätte (S. 435). Nicht zuletzt rückt die Autorin überzeugend den eingangs erwähnten Topos von der „polnischen Mutter“ zurecht und betont die Relevanz von Schule und beruflichem Umfeld für den Identitätswandel (S. 439, 456). Dabei wird hervorgehoben, dass sich die Beamten vorwiegend an die polnische Elitenkultur anpassten, während die umgekehrte Beeinflussung zwar erwähnt, aber in die Interpretation nicht einzeln einbezogen wird (S. 445). Eingebettet werden diese Ergebnisse in das eingangs erwähnte Generationenmodell, wonach die erste Generation sich akkulturierte, in der zweiten Generation Akkulturation und Assimilation als Optionen

zur Auswahl standen und in der dritten (oder einer nachfolgenden) Generation die eigentliche Assimilation vollzogen wurde.

Röskau-Rydels Studie setzt neue Akzente für die Geschichte Galiziens, indem sie den makrohistorischen Übergang von der zentral verwalteten Provinz zum dezentralisierten Kronland auf der Mikroebene verortet und einen wichtigen Beitrag zu den interkulturellen Beziehungen der Region liefert. Auffallend ist, dass die Studie ohne das Hybriditätskonzept auskommt, obwohl sich einige Fälle wie jene von Fryderyk Zoll (S. 241–242), der Familie Dietl (S. 269–270) und von Antoni Wachholz (S. 418–426) dafür geradezu anbieten würden, da die handelnden Personen zwischen zwei Kulturen oszillierten und von beiden Gebrauch machten, je nach den gesellschaftlichen und kulturellen Erfordernissen. Hier scheint eine einseitige Entscheidung zugunsten einer Kultur, wie sie sich im Akkulturations- und im Assimilationsbegriff widerspiegelt, zu kurz zu greifen. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach den Auswahlkriterien der zehn Familien – ließen sich auch andere Beispiele von Familien finden, in denen die (stärkere) Beibehaltung der deutschen Kultur gepflegt wurde und die nach 1867 aus Galizien abwanderten?

Insgesamt handelt es sich um ein akribisch recherchiertes, auf breiter Quellenbasis stehendes und kohärent strukturiertes Buch, das nicht nur die Geschichte Galiziens um eine wichtige Facette bereichert, sondern eine neue Perspektive für die Erforschung von nationalen Identitäten im östlichen Europa anbietet.

Klemens Kaps, Wien

WOJCIECH TYGIELSKI: *Italians in Early Modern Poland. The Lost Opportunity for Modernization?* Transl. by Katarzyna Popowicz. Frankfurt a.M. [usw.]: Peter Lang, 2015. 539 S. = *Polish Studies – Transdisciplinary Perspectives*, 11. ISBN: 978-3-631-64134-7.

Nicht nur wegen der aktuell verstärkten soziopolitischen Diskussion über Migration er-

scheint die Neuauflage einer Publikation, die sich mit der Einwanderung der Italiener in die polnisch-litauische Adelsrepublik in der Frühneuzeit befasst, relevant. Menschenbewegungen gab es in allen Epochen. Die Gründe dafür waren stets vielfältig. 1993 war auch Wojciech Tygielski einer von solchen Menschen. Im Vorwort zu dem vorliegenden Buch beschreibt er seine Impressionen auf dem Weg nach Rom,

um für vier Jahre am Polnischen Kulturinstitut seine Tätigkeit als Direktor aufzunehmen. Als Historiker beschäftigte ihn sogleich die Frage: Was hat hingegen wohl Italiener dazu bewogen, in der Frühneuzeit in den Osten, in das polnisch-litauische Königreich auszuwandern, in ein Gebiet, das offenbar – wie es der Untertitel des Buches auch klar ausspricht – im Vergleich zu ihrer Heimat rückständig war. Aus dieser relativ simplen Frage entstand eine umfangreiche und detailreiche Studie, und die Emigrationsgründe, die Tygielski herausfand, waren ähnlicher Natur wie auch heute: politische, ökonomische und religiöse, aber auch rein kulturelle. In der eher liberalen Adelsrepublik suchte man einerseits nach Schutz und besseren Arbeits- und Lebensbedingungen, andererseits wurden viele auch als Auftragnehmer von Institutionen oder Privatpersonen nach Polen berufen. Kenntnisse über das Land vermittelten Schriften von Italienern wie die von Enea Silvio Piccolomini, Paolo Giovio, Baldassare Castiglione, Flavio Biondo, Marcantonio Sebellico, aber auch von solchen polnischen oder in Polen naturalisierten Chronisten wie Miechowita, Ludwig Decjusz, Marcin Kromer oder Alexander Guagnini. Tygielski wertet sie alle unter dem Aspekt aus, welches Bild sie von Polen vermittelten.

Wojciech Tygielski ist heute an der Universität Warschau tätig und ein ausgewiesener Kenner der frühneuzeitlichen Geschichte. Aus seiner Hand stammen zahlreiche Publikationen über die Beziehungen zwischen Polen und den europäischen Staaten, unter anderem über die Aktivitäten der päpstlichen Nuntien in Polen im 16. und 17. Jahrhundert (1992). Zuletzt erschien unter seiner Mitherausgeberschaft ein Überblick über die mannigfaltigen Nationen in der Adelsrepublik (2010). Das vorliegende Buch wurde erstmals 2005 in Polnisch veröffentlicht. Die englische Ausgabe von 2015 zeigt sich in einer ordentlichen, elaborierten Übersetzung von Katarzyna Popowicz.

Zwei Hauptfragen beschäftigen den Autor gleich zu Anfang. Sie betreffen die angewendete Terminologie. Tygielski behandelt eigentlich einen Zwei-Nationen-Staat, der offiziell seit

1569 durch eine Union zwischen dem Königreich Polen und dem Großherzogtum Litauen bestand. Aufgrund einer Homogenisierung, die im Laufe der Zeit stattfand, sei es durchaus legitim, im Titel lediglich „Polen“ als territorialpolitische Bezeichnung des Untersuchungsgebietes zu verwenden, das die ganze Adelsrepublik (*Rzeczpospolita*) umfasste. Nicht ohne Bedeutung ist auch die Erklärung der nationalen Zuordnung der untersuchten Immigranten. In der Frühneuzeit gab es keine nationale Zugehörigkeit, wie wir sie seit der Bildung von Nationalstaaten im 19. Jahrhundert kennen. Zurecht wird diese Problematik im Buch diskutiert, denn in der Frühneuzeit existierte auf dem Gebiet des heutigen Italiens, außer dem Vatikanstaat, kein strukturell homogener Staat, sondern nur eine Reihe von Fürstentümern – nicht selten unter dem Protektorat anderer europäischer Mächte. Wenn aus den Quellen deutlich hervorgeht, dass eine Person auf dem Gebiet Italiens, wie wir es heute kennen, geboren und unter den dortigen kulturellen Bedingungen geprägt wurde, oder wenn die Quellen bei Benennung der Person von einem „Italiener“ sprechen, dann setzte auch Tygielski seine Untersuchungen an dieser Stelle an.

Bei seiner Betrachtung konzentriert sich der Autor nicht auf eine bestimmte soziale oder Berufsgruppe. Zugrundegelegt wird allerdings das Kriterium einer besonderen Leistung. Während die ersten drei Kapitel des Buches sich mit der Erhebung der Personen, ihrer Berufe, ihrer Aktivitäten und Netzwerke in der polnisch-litauischen Gesellschaft beschäftigen, widmet sich der Autor in den übrigen drei Kapiteln den Reaktionen im Land, dem Status, dem Austausch aber auch den Konflikten mit den Zugezogenen. Tygielski befasst sich mit der Nobilitierung der Italiener und ihrer allmählichen Polonisierung. Hervorzuheben ist, dass die Kenntnis der italienischen Sprache in Polen relativ verbreitet war, geschuldet vor allem dem bedeutenden Einfluss der aus Italien stammenden Königin Bona Sforza, dem Nuntius, dem ökonomischen Interesse an den italienischen Handelsgütern und der Kunst. Das Bild änderte sich erst Ende des 17. Jahrhun-

derts, als der absolutistische französische Hof auf gesamteneuropäischer Ebene und die aus Frankreich stammende Ehegattin Jan III. Sobieskis, Casimira, im Speziellen Französisch als Sprache der Verhandlungen und der Kultur in den Mittelpunkt rückten, wobei Tygielski jedoch explizit betont, dass bei Sobieski auch exzellente Italienisch-Kenntnisse belegt sind.

Das Schlusskapitel problematisiert schließlich die Frage des Untertitels, welche Nachwirkungen die Präsenz der Italiener in Polen hatte, und Tygielski stellt am Ende eine verpasste Chance der Modernisierung fest. Sowohl in ökonomischer als auch in intellektuell-kultureller Hinsicht gehört Modernisierung als Thema seit der Renaissance zu den Schlüsselproblemen der kulturhistorischen Forschung. Tygielski konstatiert, dass trotz bedeutender Hinterlassenschaften der Italiener auf der Ebene der Kunst und Kultur weniger Einfluss auf der ökonomischen Ebene zu verzeichnen sei. Zum einen sind viele der italienischen Familienverbände gar nicht in die polnischen Netzwerke aufgenommen worden, zum anderen hätten die Italiener keine nennenswerten polnischen Schüler und Nachfolger hervorgebracht. Die Gelegenheit, die Strukturen in Polen zu modernisieren, wurde trotz einer zeitweilig starken Präsenz von Italienern in Polen nicht wahrgenommen. Grund dafür sucht Tygielski vor allem in der spezifischen Kulturformation des Sarmatismus, der als Identifikationsideologie des gesamten Adels des multikulturellen, multiethnischen und weitläufigen Landes eine dominante Stellung hatte. Tygielski geht allerdings an dieser Stelle auf die zentralen kulturellen Aspekte des Sarmatismus nicht explizit ein. Denn gerade die Aufgeschlossenheit des Sarmatismus gegenüber der Antike half den Italienern im 15. bis 17. Jahrhundert, sich in Polen zu etablieren

und damit auch die regionale Kultur mit wertvollen humanistischen Impulsen zu versehen und zu bereichern. Die rückständige Megalomanie des Sarmatismus, die Tygielski anprangert, nimmt erst mit dem Auftreten der sächsischen Könige in Polen Anfang des 18. Jahrhunderts ihren Anfang. Während die einflussreichen Eliten die Impulse nun aus Frankreich und dem sächsischen Hof beziehen, verharrt die *gentry* im Konservatismus. Die Modernisierung wäre spätestens im 18. Jahrhundert notwendig gewesen, allerdings war sie gerade aufgrund der politischen (Teilung Polens), und nicht der kulturellen Verhältnisse unmöglich.

Zusammenfassend ist zu betonen, dass das Buch eine ertragreiche Untersuchung darstellt. Tygielski hat umfassend das Archivmaterial – u. a. die Korrespondenz der Nuntien, Tagebücher von Adligen und Sejm-Dokumente – ausgewertet. Und letztlich werden nicht nur Namen wie Bona Sforza, die Italiener nach Polen holte, bekannte italienische Künstler wie die Gucci-Brüder oder Thomaso Dolabella oder Autoren wie Marcin Kromer, Szymon Starowolski, oder Pawel Piasecki, die über die Präsenz und die Aktivitäten der Italiener berichteten, im Buch genannt, sondern auch viel andere, weniger bekannte Persönlichkeiten, wie Ärzte, Apotheker oder Beamte und Botschafter, die dem Autor in den Quellen begegneten und die das Gesamtbild vervollständigen. Allerdings fehlt es dem Buch an Anschauungsmaterial, das die Ergebnisse vor allem der ersten fünf Kapitel in Form von Tabellen und Karten verdeutlichen würde. Ein Sach- und Personenverzeichnis im Anhang wäre ebenfalls notwendig gewesen.

Isabella Woldt, London

ROBERT SPÄT: Die „polnische Frage“ in der öffentlichen Diskussion im Deutschen Reich, 1894–1918. Marburg/Lahn: Herder-Institut, 2014. X, 477 S. = Studien zur Ostmitteleuropaforschung, 29. ISBN: 978-3-87969-386-3.

Die deutsch-polnischen Beziehungen um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert stoßen bei Historikern weiterhin auf Interesse. Die politische Debatte war bereits nach 1918 mühelos in eine historische Debatte übergegangen, die aber schon vor dem Zweiten Weltkrieg wie auch

noch danach sehr politisiert war. Es zeigt sich jedoch, und Späts Buch ist ein Beweis, dass trotz dieser langen Forschungstradition unser Wissensstand sich noch um etliche neue Feststellungen erweitern lässt.

Die Zeitäsuren sind deutlich gesetzt und inhaltlich begründet. Spät beginnt seine Erzählung mit dem Fiasko einer deutsch-polnischen Übereinkunft, die polnische konservative Kreise nach Bismarcks Entlassung mit der neuen Reichsregierung zu treffen versucht hatten. Seine Ausführungen schließt er mit Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg und der Wiedererrichtung eines polnischen Staates, womit in den deutsch-polnischen Beziehungen und der ihr gewidmeten öffentlichen Debatte ein völlig neues Kapitel begann. Späts Ergebnisse beruhen auf einer reichhaltigen und differenzierten Quellenbasis, d. h. auf Zeitungsartikeln, Parlamentsdebatten, Broschüren, Streitschriften, offenen Briefen, Denkschriften und Erinnerungen. Spät berücksichtigte auch – hauptsächlich in Berlin befindliche – Archivalien, darunter eine Sammlung von Presseauschnitten des Bunds der Landwirte sowie verschiedener Organe des preußischen Staatsapparates.

Im ersten Teil des Buchs werden die beiden Schlagworte analysiert, die wohl am häufigsten in der Debatte fielen: „polnische Bedrohung“ und „Hakatismus“. Anschließend folgt die Debatte um die sogenannten „Vorgänge in Wreschen“ 1901, die Schulstreiks in den Jahren 1906 und 1907, die Ansiedlungsnovelle von 1904, die Vereinsgesetze von 1908, das Enteignungsgesetz aus demselben Jahr und seine Anwendung ab dem Jahr 1912. Der zweite, umfangreichere Teil ist dem Ersten Weltkrieg gewidmet. Öffentlich debattiert wird u. a. darüber, wie sich die Polen dem „Großen Krieg“ gegenüber verhielten, wie ihr Verhältnis zu den Mittelmächten und zu Russland war, über die Zukunft der polnischen Gebiete nach dem Krieg und die Notwendigkeit, den Kurs gegenüber den Polen in Preußen zu korrigieren.

An der Debatte beteiligten sich zwei Gruppen. Konservative und Nationalliberale sprachen sich hauptsächlich dafür aus, den restriktiven Kurs beizubehalten, den Bismarck

begonnen hatte. Sie unterstrichen die Notwendigkeit, das bedrohte Deutschtum zu verteidigen. Dabei sollte das Bestehen einer demographisch dynamischen und wirtschaftlich erfolgreichen Minderheit, die ihren kulturellen und politischen Separatismus pflegte, eine Integration in die übrige Gesellschaft verweigerte und der Regierung feindlich gesonnen war, schließlich im krassen Gegensatz zur deutschen Staatsraison stehen und allein durch ihre Existenz den deutschen Nationalstaat bedrohen. Nach Einschätzung der beiden genannten Milieus bewiesen die Polen Böswilligkeit und spielten auf Zeit, wobei ihnen eine „Versöhnungskomödie“ helfen sollte.

Die Gegner der Regierungspolitik, zu denen das katholische Milieu aus der Zentrumsparterie, Sozialdemokraten, Linksliberale und zum Schluss die polnischen Parlamentarier im Reichstag und im Preußischen Landtag zählten, waren der Ansicht, die Frage der nationalen Zugehörigkeit, Sprache und Religion müsse jeder für sich selbst entscheiden. Unbeschadet der ideellen Herkunft war man allgemein der Ansicht, dass, solange Angehörige nationaler Minderheiten loyal gegenüber der Dynastie und dem Staat waren, diese deren Definition der Gruppenidentität nicht zu interessieren habe. Ihrer Ansicht nach waren Polen nicht anders zu behandeln als die Untertanen deutscher Nationalität und nicht etwa aufgrund ihrer Nationalität zu diskriminieren.

Wie Spät in der Einleitung seiner Arbeit hervorhebt, liegt deren „Schwerpunkt auf den deutschen und polnischen Verständigungsbefürwortern“ (S. 3, 20). Da diese keinerlei Einfluss auf die Entscheidungen der Regierungen hatten, bemühte sich ein Teil von ihnen, dieses Manko dadurch auszugleichen, dass er sich intensiv an der Debatte beteiligte. Man verteilte die Akzente verschieden auf verfassungsrechtliche, konfessionelle, moralische oder ökonomische Fragen und nahm oft die Ironie zur Hilfe (S. 109, 122, 143, 233). Eine große Rolle spielte dabei der Appell an Emotionen und ans Nationalgefühl. Besonders wertvoll an Späts Arbeit ist, dass sie zeigt, wie mitunter hauptsächlich Deutsche eine sehr heftige Debatte um die „polnische Frage“

führten. Spät berücksichtigt natürlich Äußerungen polnischer Politiker, Journalisten, Publizisten und Intellektueller in deutscher Sprache, die auf die deutsche öffentliche Meinung einwirken sollten. Interessanterweise kritisierten viele deutsche Bewohner der Ostprovinzen die amtliche *Polenpolitik* und forderten, den Nationalitätenkonflikt abzuschwächen und auf die Ausnahme-gesetzgebung gegen ihre polnischen Nachbarn zu verzichten (S. 124, 113, 257).

Mit Kriegsbeginn 1914 änderte sich der Kontext des Diskurses völlig. In den ersten beiden Kriegsjahren überwogen die Verständigungsbe-fürworter, was auch an der Zensur lag, die Texte verhinderte, die den Binnenkonflikt verschärften und die Illusion eines *Burgfriedens* gefährdeten. Als unabänderliche Bedingung für eine Verständigung mit den galt die Anerkennung der Unverletzbarkeit der Ostgrenze des Deutschen Reiches. Das Interesse an der polnischen Frage in der öffentlichen Debatte in Deutschland erreichte seinen Höhepunkt, als im Herbst 1916 ziemlich überraschend in der Zwei-Kaiser-Proklamation vom 5. November 1916 ein Königreich Polen erwähnt wurde. Allerdings folgte die Ernüchterung auf dem Fuß. Angeblich bewiesen die Polen Undankbarkeit und mangelndes Staatsverständnis. In den Jahren 1917–1918 gaben die Nationalisten wieder den Ton an. In der Debatte tauchten erneut die tief verwurzelten antipolnischen Stereotypen auf, denen, wie sich herausstellte, nun auch Katholiken und linke Kreise huldigten. Die unterschiedlichen Erwartungen und insbesondere die verschiedenen territorialen Interessen erwiesen sich als zu groß für einen sinnvollen Kompromiss. Folglich waren die Gesellschaften und die Bevölkerung beider Staaten nach 1918 zutiefst entzweit.

Spät hat Recht, wenn er feststellt, dass sich nicht sagen lässt, wie diese Debatte auf die Ansichten der deutschen Gesellschaft einwirkte (S. 257). Er fand auch keinen kausalen Zusammenhang zwischen der öffentlichen Debatte über die polnische Frage und dem politischen Entscheidungsprozess (S. 400). Das war auch aus zwei Gründen gar nicht möglich. Erstens erlaubten ihm seine Quellen das nicht. Zweitens unterlag die Regierung im Wilhelminischen

Deutschland keiner parlamentarischen Kontrolle, sondern war nur dem Kaiser verantwortlich. Die Ansichten der Parlamentarier oder Publizisten konnten die Entscheidungen der Herrschenden nur indirekt beeinflussen. Inwieweit das hier der Fall war, ist sehr schwer festzustellen und durch Quellen zu belegen.

Meines Erachtens behandelt Robert Spät allerdings die Pressestimmen aus der Kriegszeit nicht kritisch genug. Zwar handelte es sich um die Ansicht ihrer Autoren, aber gleichzeitig waren sie auch beeinflusst von Selbstzensur und Kriegspropaganda. Zum Beispiel lässt er die Information, dass die Warschauer sich angeblich über den Einzug deutscher Truppen in ihre Stadt gefreut hätten, ohne Kommentar (S. 186). Falsch ist auch die Annahme, das Polnische Nationalkomitee in Warschau habe auf die Mittelmächte gesetzt (S. 174). In der Fachliteratur wurden die Arbeit von Pawel Brudek (PAWEŁ BRUDEK: *Rosja w propagandzie niemieckiej podczas I wojny światowej w świetle „Deutsche Warschauer Zeitung“* [Russland in der deutschen Propaganda während des Ersten Weltkriegs in der „Deutschen Warschauer Zeitung“]. Warszawa 2010) sowie ein Artikel des Rezensenten (PIOTR SZLANTA: *Der Glaube an das bekannte Heute, der Glaube an das unsichere Morgen. Die Polen und der Beginn des Ersten Weltkrieges*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 61 [2013] 3, S. 411–432) übergegangen. Desgleichen benutzte Spät auch nicht die klassische Darstellung von Wojciech Wrzesiński (WOJCIECH WRZESIŃSKI: *Sąsiad czy wróg? Ze studiów nad kształtowaniem obrazu Niemca w Polsce w latach 1795–1939* [Nachbar oder Feind? Aus Untersuchungen zur Entstehung des Deutschen-Bilds in Polen, 1795–1939. Wrocław 1992]), die ebenfalls sein Thema berührt. Abschließend ist festzustellen, dass Späts Monographie unser Wissen trotz der bereits sehr umfangreichen Literatur noch erweitern konnte – einmal zum Thema der komplizierten deutsch-polnischen Beziehungen um die vorletzte Jahrhundertwende und vielleicht sogar noch mehr zur politischen Kultur Deutschlands in diesem bewegten Zeitraum.

Piotr Szlanta, Warszawa

MIIA IJÄS: *Res publica Redefined? The Polish-Lithuanian Transition Period of the 1560s and 1570s in the Context of European State Formation Processes*. Frankfurt a. M., Berlin, Bern [usw.]: Peter Lang, 2016. 304 S., 2 Tab. = *Eastern and Central European Studies*, 5. ISBN: 978-3-631-66712-5.

In ihrem Buch wendet die finnische Forscherin Ijäs das aus der Politologie stammende Konzept der rationalen politischen Entscheidungsfindung (*rational choice theory*) auf den polnisch-litauischen Staat der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts an. Sie untersucht, wie sich die Eliten des Staates auf das Erlöschen der Jagiellonen-Dynastie und das damit einhergehende Interregnum, die sich lange Jahre im Voraus abzeichneten, vorbereiteten. Im Unterschied zu verschiedenen ähnlich gelagerten Studien bezieht sie dabei auch die außenpolitisch-dynastische Perspektive und die Einbettung Polen-Litauens in das europäische Mächtesystem in ihre Analyse mit ein.

Mit diesem Theorie-Ansatz kann sie zeigen, dass die politischen Eliten Polen-Litauens in der Krisenzeit der sechziger und siebziger Jahre des 16. Jahrhunderts nicht chaotisch-kopflös und einzig den kurzfristigen Eigeninteressen verpflichtet agierten – dies ein historiographisches Zerrbild Polen-Litauens als „Adelsanarchie“. Vielmehr hatten die sozial, wirtschaftlich, religiös und regional sehr unterschiedlich zusammengesetzten Adelsgesellschaften Polen-Litauens immer auch das Fortbestehen des Staatsganzen vor Augen. Ijäs gesteht diesen vormodernen politischen Entscheidungsträgern – nicht anders als uns Heutigen – zu, dass sie „rational“ handelten. In dem Sinne, dass verschiedene politisch entscheidungsfähige gesellschaftliche Gruppen mit ihren je eigenen Präferenzen die zur Verfügung stehenden politischen Optionen und Alternativen untereinander abwogen und aushandelten, um die Krisensituation der königslosen Zeit zu überwinden.

Ijäs handelt die politischen Positionen und Entscheidungsmechanismen der Krisenzeit der sechziger und siebziger Jahre des 16. Jahrhunderts in vier Kapiteln ab. Zuerst legt sie dar,

auf welcher politischen Wertebasis die Adelsgesellschaft Polen-Litauens gründete, als sich das Ende der Jagiellonen-Dynastie ankündigte. Als einen zentralen Begriff des Diskurses jener Zeit arbeitet sie die Idee der Freiheit (*libertas*) heraus, an der sich die von ihr beigezogenen zeitgenössischen Autoren mit verschiedenen, differenzierten Interpretationen abarbeiteten. Vor dem Hintergrund der reformatorischen Bewegungen, die in Polen-Litauen die Dominanz der katholischen Kirche in Frage stellten, gewann das Konzept der *libertas* als religiöse Wahlfreiheit des Adels eine ganz neue, religiös-weltanschauliche Dimension. Die Institution des Königs als Garant staatlicher Kontinuität überwölbte diese Differenzen, wie auch jene zwischen dem polnischen und dem litauischen Landesteil. Die Bedeutung und Symbolkraft des Königtums für die Fortdauer Polen-Litauens war so stark, dass man den Leichnam des verstorbenen Monarchen Sigismund August über die Zeitdauer von fast zwei Jahren nicht begrub, bis ein neuer Herrscher gekrönt war.

Im zweiten Kapitel widmet sich die Autorin der unmittelbaren Vorlaufzeit des Interregnums in den sechziger Jahren des 16. Jahrhunderts. Diese war gekennzeichnet durch eine Reihe von Maßnahmen und „Reformen“, die die rechtliche und politische Stabilität Polen-Litauens auch nach dem Ableben des letzten Jagiellonen gewährleisten sollten: Die vom Adel ausgehende Bewegung, die im Staate geltenden Gesetze auch tatsächlich umzusetzen, insbesondere gegen die Privilegien der katholischen Kirche; eine Steuerreform, die den königlichen Staatshaushalt auf eine stabile Grundlage stellen sollte; die Befestigung der staatlichen Union zwischen dem Königreich Polen und dem Großfürstentum Litauen durch deren Loslösung von der Person des Herrschers (Realunion statt Personalunion); die außenpolitische Absicherung Polen-Litauens durch dynastische Verbindungen, Diplomatie und Krieg. Und schließlich ist auch die Warschauer Konföderation, die erst im Interregnum nach dem Tode von Sigismund August auf dem ersten Konvokationsreichstag abgeschlossen wurde (1573), als ein Schritt der Sta-

bilitätssicherung zu sehen: Angesichts einer königslosen Übergangsphase galt es, den religiösen Frieden zwischen den verschiedenen Adelsgruppen christlicher Konfession abzusichern, und durch das Erfordernis der Einmütigkeit bei der politischen Entscheidungsfindung zu verhindern, dass der polnisch-litauische Staat an den Differenzen zwischen den verschiedenen Adelsfraktionen zerbrach.

Die Königswahlen der Jahre 1573 und 1575 stehen im Zentrum des dritten Kapitels. Die Autorin legt hier den Schwerpunkt ihrer Ausführungen auf den außenpolitischen Vektor dieser Wahlen und den Versuch, die Stellung Polen-Litauens im europäischen Mächtesystem der königlichen Familien-Dynastien durch die rationale Evaluation und Wahl eines Monarchen zu befestigen. Ijäs widerspricht damit insbesondere der weitverbreiteten Auffassung, es sei dem polnisch-litauischen Adel bei diesen Wahlen nur darum gegangen, einen möglichst schwachen König zu installieren, um seine eigene politische Macht auszubauen. So stand der schließlich zum König gewählte Henri Valois vor seinem französischen Hintergrund für ein ausgesprochen starkes Königtum, das innenpolitische Stabilität und militärischen Erfolg in den Außenbeziehungen versprach. Diese beiden Ziele durch die Wahl eines geeigneten Königs zu erreichen, galt auch beim erneut notwendig gewordenen Reichstag des Jahres 1575 über die Grenzen aller Adelsparteien hinweg.

Im letzten Kapitel vergleicht Ijäs innovativ die verschiedenen Verträge (*pacta conventa*), die in den Jahren 1573–1576 mit den drei möglichen

und zum Teil schließlich tatsächlichen Inhabern des polnischen Königsthrons ausgehandelt wurden. Sie dienten dazu, die Kontinuität des polnisch-litauischen Staatswesens und seines politischen Systems mit der spezifischen Teilung der Gewalten zwischen König und Adel und seine internationale Stellung über den Dynastiewechsel hinaus auszutarieren und zu gewährleisten. Die *pacta conventa* gewichteten in Abhängigkeit von der Person des potentiellen Herrschers und Vertragspartners die verschiedenen anstehenden Fragestellungen unterschiedlich, wobei die Außenpolitik in allen drei Fällen großes Gewicht besaß. Denn hier handelte es sich um die ureigenste politische Domäne des Königs. Die bereits zur Zeit der Herrschaft von König Batory einsetzende Re-Katholisierung Polen-Litauens interpretiert Ijäs als Zeichen dafür, dass Polen-Litauen nur als katholisches Königreich seinen akzeptierten Platz im europäischen Mächtekonkurrenz absichern konnte.

In ihrer Studie wertet Ijäs zwar kein neues Quellenmaterial zur politischen Entwicklung in Polen-Litauen während der Krisenzeit der sechziger und siebziger Jahre des 16. Jahrhunderts aus – dies ist auch nicht ihr Anspruch. Sie beeindruckt jedoch damit, wie sie unter Zuhilfenahme der Theorie der rationalen Entscheidungsfindung das konträre, aber durchaus auch vorausschauende Handeln der politischen Eliten und deren Evaluation verschiedener Optionen – insbesondere bei der Wahl eines neuen Königs – deutet.

Christophe von Werdt, Bern

ASTRI SCHÖNFELDER: Deutsche Bürger „contra homines novi“. Die städtischen Wahlkämpfe in Estland 1877–1914. Hamburg: Kováč, 2016. 192 S., 6 Tab. = Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa, 22. ISBN: 978-3-8300-8556-0.

Es brauchte ganze 15 Jahre, bis die überarbeitete Fassung der Magisterarbeit Astri Schönfelders schließlich veröffentlicht wurde, doch

es hat sich letztendlich gelohnt. Auf den ersten Blick mögen die Kommunalwahlen auf dem Gebiet des heutigen Estland, also im nördlichen Teil der russischen Provinzen Livland und in der Provinz Estland, in der späten Zarenzeit als ein nicht besonders spannendes Thema erscheinen, aber der Leser erfährt viel Neues nicht nur über estnische Geschichte, sondern auch über Zensuswahlen in einer multiethnischen Gesellschaft mit einer Ober-

schicht anderer Nationalität als die Mehrheitsbevölkerung. Damit bietet dieses Buch eine gute Vergleichsbasis für ähnliche Studien in anderen europäischen Regionen, besonders natürlich für Österreich-Ungarn.

Grundlage für diese Untersuchung bilden zeitgenössische deutsch- und estnischsprachige Zeitungen aus dem Baltikum – nur eine einzige Archivquelle wurde konsultiert – und die Literatur, wobei die Verfasserin einige wenige Arbeiten, etwa eine neuere Stadtgeschichte Tartus (Dorpat), leider ausgelassen hat. Trotzdem erscheint die Quellen- und Literaturbasis als ausreichend für das Thema. Der Text ist gut lesbar geschrieben, und einige wenige sprachliche Schnitzer im Deutschen können der estnischen Autorin sicherlich verziehen werden. Nach einer ausgiebigen Einleitung breitet Schönfelder ihre Forschung in vier Kapiteln aus und schließt mit einer Zusammenfassung ab.

In den baltischen Provinzen des Russischen Reichs galt die aus dem Mittelalter stammende Städteordnung noch bis weit ins 19. Jahrhundert hinein. Demnach dominierte ein Rat die Stadt, dessen Mitglieder aus der Gilde der Kaufleute auf Lebenszeit gewählt wurden. Nur etwa 2 % der Einwohner waren überhaupt Mitglieder der Bürgerschaft, und die Handwerkers-Gilde bildete ein weiteres konstituierendes Element der Stadtverfassung. So verwundert es nicht, dass die Städte des Baltikums für fast 700 Jahre von Deutschen dominiert und regiert wurden. Die Einführung des russischen Stadtrechts von 1870 im Jahr 1877 brachte einen Wandel. Dieses war nach dem Vorbild der preußischen Stadtverordnung von 1853 modelliert. Durch die zuvor eingeführte Gewerbe-freiheit waren Zünfte und Gilden bereits ihrer Aufgaben enthoben. Nun durften etwa 5 % der Einwohner, die Eigentums- und Gewerbesteuerzahler nämlich, wählen, allerdings nach einem Drei-Klassenwahlrecht. Das bedeutete natürlich, dass auch viele Deutsche über kein Wahlrecht verfügten. Auf die erste Kurie mit einem Drittel der Stimmen entfielen in Tallinn (Reval) 3 % der Wähler, die zweite Kurie repräsentierte etwa 12 % der Wahlberechtigten und die dritte den Rest. Das reichste Zehntel

der Wahlberechtigten verfügte also über die Mehrheit der Stimmen. Zwar begünstigte dieses System die wohlhabenden Deutschen, doch erstmals nahmen auch in gewisser Anzahl Esten, Russen und Vertreter anderer ethnischer Gruppen an der politischen Willensbildung auf kommunaler Ebene teil. Dieser Prozess erfolgte parallel zu einem Rückgang des deutschen Bevölkerungsanteils in den estnischen Städten, zur Modernisierung, Urbanisierung und Industrialisierung.

Schönfelder gelingt es überzeugend anhand ihrer Quellen, diese Entwicklungen differenziert nachzuvollziehen. Sie gibt die verschiedenen Auffassungen und Stereotypen in der Presse wider, wählt ihre Zitate geschickt aus und zieht auch Vergleiche mit Österreich-Ungarn und Preußen. Allerdings wünscht sich der Leser auch einen intensiveren Vergleich mit anderen Regionen des Russischen Reichs. Die dargestellte ethnische Zusammensetzung der Stadtbevölkerung Estlands ist teilweise etwas veraltet (S. 25), wahrscheinlich war der estnische Bevölkerungsanteil noch größer, weil viele zugewanderte Esten noch in ihrer ländlichen Heimatgemeinde registriert waren und nicht in ihrem neuen Wohnort, der Stadt. Auch konzentrierten sich viele Zuwanderer in den schnell wachsenden Vorstädten, gegen deren Eingemeindung sich die in den Innenstädten lebenden deutschen Stadtbewohner wandten. Das Absinken des deutschen Bevölkerungsanteils lag allerdings nicht nur an Überalterung, Auswanderung und geringerer Geburtenrate, sondern auch daran, dass sich im Zuge des „nationalen Erwachens“ germanisierte Esten, selbst solche mit deutscher Muttersprache, zunehmend zum Estentum bekannten.

Die Autorin untersucht drei Beispiele genauer, Tallinn, wo die Deutschen 1904 ihre führende Rolle in der Stadtverwaltung verloren, Tartu, wo sie ihre Position bis 1917 halten konnten, und die estnisch-lettische Stadt Valga/Valka (Walk), wo schon 1901 ein estnisch-lettisches Bündnis siegreich war. Über mehr als drei Jahrzehnte verfolgt sie die Wahlen und geht auch auf eine Reihe anderer Städte ein. Da die estnischen Wähler mit dem Drei-Klassen-

Wahlrecht kaum eine Chance gegen die Deutschen hatten, sank ihre Wahlbeteiligung erheblich. Allerdings sollten die Kommunalwahlen nicht nur aus ethnischer Perspektive betrachtet werden, sondern auch aufgrund von Sachfragen, wie es Schönfelder überzeugend tut.

Die Reformen der Reichsregierung seit den späten achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, die oft nur unter dem Schlagwort „Russifizierung“ betrachtet werden, führten zu einer Modernisierung des städtischen Verwaltungsapparates in den baltischen Provinzen und mündeten in der neuen Städteordnung von 1892. Gemäß dieser Ordnung wurde der Vermögenszensus zwar erhöht – in Tallinn waren auf einmal nur noch 2,4 Prozent der Einwohner wahlberechtigt –, doch die Kurien wurden abgeschafft und somit waren alle Stimmen der Wahlberechtigten gleichwertig. In einer ganzen Reihe von Städten befanden sich estnische Wähler somit plötzlich in der Mehrheit. Deutsche Kommunalpolitiker versuchten mit Manipulationen, Tricks und Koalitionen ihre Position zu bewahren. Um die Jahrhundertwende war die Situation bereits sozial und national aufgeladen, ein modernes Medienwesen bildete sich heraus, die Revolution von 1905/06 erschütterte auch das Baltikum, und Parteiengründung wurde schließlich erlaubt.

Überzeugend kann die Verfasserin darlegen, dass die deutschen Kommunalpolitiker eher konservativ und rückwärtsgewandt agierten, während die estnischen deutlich fortschrittlicher waren, weil beide jeweils unterschiedliche soziale Gruppen repräsentierten. Es besteht eben ein Unterschied darin, eher für eine kleine Oberschicht zu stehen oder für die breite

Mehrheit einschließlich der nicht Wahlberechtigten. In der Universitätsstadt Tartu, wo sich die Deutschen mit allerlei Manövern an der Macht hielten, wurde der Bau einer Pferdebahn genauso abgelehnt wie der einer flächendeckenden Kanalisation, die Vorstädte wurden vernachlässigt, dort lebten ja nur Esten und Russen, und der Alkoholverkauf nicht eingeschränkt. In Tallinn traten estnische und russische Kommunalpolitiker dagegen eine wahre Modernisierungswelle los. Weiterhin stellte die Kommunalpolitik für manch eine estnische Persönlichkeit die Vorbereitung auf höhere Ämter in der Republik Estland dar. Trotzdem stellte die Machtübernahme von Esten und Letten in baltischen Rathäusern keinen Bruch in der Kommunalpolitik dar, und das von deutschbaltischer Seite erwartete Chaos blieb aus.

Angenehm ist, wie differenziert die Autorin anhand ihrer Quellen argumentiert. Sie macht deutlich, dass beispielsweise im Tallinner Wahlkampf die wichtigste estnische Zeitung eben nicht gegen die Deutschen agitierte, sondern gegen die deutsche Oberschicht, die ja auch gegen die Interessen der „kleinen Leute“ unter den Deutschen handelte. Ebenso untersucht sie die verschiedenen Argumentationsmuster der deutschen Seite überzeugend.

Dieses kurze Büchlein liefert nicht nur einen Beitrag zur estnischen Geschichte, sondern auch wichtiges Vergleichsmaterial zu Wahlen und Kommunalpolitik in einer multiethnischen, imperialen Umgebung vor dem Ersten Weltkrieg. Ihm sind zahlreiche interessierte Leser zu wünschen.

Olaf Mertelsmann, Tartu

KATARZYNA WONIAK: Verdrängen und Wiederentdecken. Die Erinnerungskulturen in den west- und nordpolnischen Kleinstädten Labes und Flatow seit 1945. Eine vergleichende Studie. Marburg: Herder-Institut, 2016. X, 419 S., 17 Abb. = Studien zur Ostmitteleuropaforschung, 36. ISBN: 978-3-87969-403-7.

Die deutsch-polnische Erinnerungslandschaft

ist in den letzten Jahren sehr intensiv erkundet worden. Katarzyna Woniak hat in ihrer binationalen Dissertation, die von Andreas Wirsching an der Universität Augsburg und von Krzysztof Makowski an der Universität Poznań betreut wurde, noch ein Desiderat identifiziert: die Erinnerungskultur im kleinstädtischen Milieu. Um diese näher zu erkunden, hat sie zwei Kleinstädte in Pommern ausgewählt,

die beide nach 1945 zu Polen kamen, aber eine unterschiedliche Vergangenheit und demographische Struktur aufwiesen.

Flatow (Złotów) hatte bereits vor 1772 zu Polen gehört und war dann infolge der ersten Teilung Polens preußisch geworden. Nach dem Ersten Weltkrieg, als die Provinz Posen (Großpolen) Bestandteil des neu entstandenen polnischen Staats wurde, blieb Flatow bei Grenzmark Posen-Westpreußen zugeteilt. In der Zwischenkriegszeit erlangte das zum Teil von polnischsprachiger Bevölkerung bewohnte Flatow als Ort des „Nationalitätenkampfes“ einige Aufmerksamkeit; der Bund der Polen in Deutschland hatte hier eine seiner Hochburgen. Im Zuge der Neubesiedlungsprozesse nach 1945 hatte dies deutliche Auswirkungen, wie Woniak feststellt: Flatow galt Ansiedlern aus Zentralpolen als grenznaher, vertrauter Ort, in dem die polnischsprachige Bevölkerung der Vorkriegszeit, nunmehr als „Autochthone“ bezeichnet, überwiegend wohnen geblieben war und somit Kontinuität verkörperte. Dies wird besonders gut erkennbar im Vergleich mit Labes (Łobez), das 1945 erstmals in polnische staatliche Zusammenhänge kam. In der Nähe von Stettin (Szczecin) gelegen, gehörte Labes zum so genannten „Wilden Westen“ Polens, der nur recht zögerlich und mit einem höheren Anteil von „Repatrianten“ aus den einstigen polnischen Ostgebieten und den Deportationsgebieten der Sowjetunion neu besiedelt wurde, während von der deutschsprachigen Bevölkerung der Vorkriegszeit kaum jemand zurückblieb.

Auf der Grundlage einer beeindruckend breiten Recherche in staatlichen, kommunalen und kirchlichen Archiven, privaten Sammlungen sowie von 17 lebensgeschichtlichen Interviews untersucht Woniak im Hauptteil ihrer Arbeit, welchen Einfluss die Ausgangspositionen von Flatow und Labes im Jahre 1945 auf die Ausgestaltung einer jeweils spezifischen Erinnerungskultur in der Volksrepublik Polen und im demokratischen Polen seit 1989 hatten. Dabei nimmt sie als „Akteure des Erinnerns“ nicht nur den polnischen Staat und örtliche ge-

sellschaftliche Gruppierungen, sondern auch die Kirche und die deutschen Heimatvertriebenen in den Blick. Konkrete Untersuchungsgegenstände bilden dann Feiertage, Denkmäler, Straßennamen und Publizistik.

Für die Zeit der Volksrepublik Polen zeigt Woniak, dass bei aller Abhängigkeit von zentral verordneten propagandistischen und geschichtspolitischen Zielsetzungen auf der lokalen Ebene durchaus Divergenzen im gesellschaftlichen Umgang mit der Vergangenheit bestanden. Flatow stand stärker im Zentrum historiographischer und publizistischer Aufmerksamkeit. Dabei setzte sich der aus der Zwischenkriegszeit tradierte Kampf um die Polonität Flatows auch im neuen staatlichen Zusammenhang fort, symbolisiert in der raschen Umbenennung und Beseitigung deutscher Denkmäler oder in dem Beharren auf Anerkennung der Autochthonen, ihres Schicksals und ihrer Leistungen. In Labes hingegen, wo die neu angesiedelte Bevölkerung mangels lokalen historischen Wissens oft kaum die deutschen materiellen Hinterlassenschaften identifizieren oder deuten konnte, gab es eine größere Bereitschaft zu Pragmatismus, etwa bei der Erhaltung von Denkmälern oder musealen Sammlungen.

Wie nicht anders zu erwarten, brachte die Zeit seit 1989 eine Reihe von Veränderungen. Neue Akteure wie die demokratisierte kommunale Selbstverwaltung oder zivilgesellschaftliche Gruppierungen traten neben bereits bestehende, aber inhaltlich neu ausgerichtete Institutionen wie Museen oder Bibliotheken. Die stärkere Aufmerksamkeit für die deutsche bzw. multiethnische Vergangenheit der eigenen Stadt vor 1945 ging in Labes und Flatow allerdings mit interessanten erinnerungskulturellen Verschiebungen einher. In Labes war, so Woniak, die Erinnerungskultur von vielen neu entdeckten Bausteinen aus der deutschen Vergangenheit geprägt, die bei aller Bereitschaft, diese in das offizielle Bild der Stadt zu integrieren, nicht zwangsläufig ein stringentes Narrativ, sondern eher ein ad hoc zusammengestelltes „Konglomerat unterschiedlicher Erinnerungen“ (S. 342) bildeten. Gleichzeitig entstand

mit dem Verband der polnischen Sibirjaken eine Instanz, die die Umsiedlung aus den ehemaligen polnischen Ostprovinzen als geschichtsmächtigen Faktor der jüngeren Zeit in die kleinstädtische Erinnerungskultur von Labes einschrieb. In Flatow hingegen spielte die deutsche Vergangenheit trotz vieler neu belebter Kontakte zu deutschen Heimatvertriebenen und den später in die Bundesrepublik Deutschland übergesiedelten autochthonen Einwohnern weder die alleinige noch die zentrale erinnerungskulturelle Rolle; vielmehr zog die Wiederentdeckung jüdischer Orte wie des verlassenen jüdischen Friedhofs und der 1938 zerstörten Synagoge ein stärkeres Interesse und Engagement der Flatower auf sich. Hierzu konstatiert Woniak, dass die ehemalige Grenzstadt Flatow „nicht mit aller historischer Kraft ihre historische Identität suchen“ müsse, wie dies bei Labes nach 1989 offenkundig der Fall war.

In einem kurzen Kapitel, das zwischen Hauptteil und Zusammenfassung liegt, fasst Woniak dann die Ergebnisse der lebensgeschichtlichen Kapitel zusammen. Da diese Ergebnisse nicht im Gegensatz zu den vorangegangenen Befunden stehen, stellt sich allerdings die Frage, womit ein eigenes Kapitel zu begründen ist und warum keine argumenta-

tive Integration mit dem Hauptteil erfolgte. Generell ist zu bemerken, dass Gliederung und sprachlicher Stil der Arbeit nicht immer glücklich gewählt sind. Eine ausgeprägte Tendenz zu Parallelisierungen (Verhältnisse vor 1989 und nach 1989, in Labes und in Flatow) führt, zusammen mit einer teilweise sehr kleinteiligen Darstellung des jeweiligen lokalen Umgangs mit einzelnen Denkmälern oder Straßennamen dazu, dass der Spannungsbogen bei der Lektüre mitunter recht flach bleibt. Wirklich gravierend ist ein Übersetzungsfehler: Das polnische Adjektiv „ludowy“ wird an mehreren Stellen (S. 28, 84 und 167) mit „völkisch“ wiedergegeben, so dass aus Volkssport ein „völkischer Sport“ oder aus einer Volkshochschule eine „völkische Universität“ wird. Eine Erklärung für die Wahl dieses in der deutschen (Ideen-)Geschichte eindeutig besetzten, für die polnische Zeitgeschichte nach 1945 aber völlig unüblichen Begriffs gibt Woniak nicht.

Von diesen Einwänden abgesehen, hat Woniak eine solide Studie mit einer Reihe wichtiger Einsichten vorgelegt, die das Themenfeld kleinstädtischer Erinnerungskulturen im deutsch-polnischen Beziehungsgeflecht zum ersten Mal hinreichend ausgeleuchtet hat.

Stephanie Zloch, Braunschweig

JOSHUA D. ZIMMERMAN: *The Polish Underground and the Jews, 1939–1945*. New York: Cambridge University Press, 2015. 474 S., 15 Abb., 8 Tab., 3 Ktn. ISBN: 978-1-107-01426-8.

Die Einstellung des polnischen Untergrunds gegenüber den Juden wurde seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in wissenschaftlichen Kreisen debattiert und unterschiedlich dargestellt. Das Thema war – mit unterschiedlichen Interpretationen und Bewertungen – auch der Gegenstand gesellschaftlicher Debatten und politischer Diskurse. Da die bisherigen Studien nur einzelne Aspekte erforscht haben, konnten sie weder den gesamten Gegenstand beleuchten, noch ein differenziertes Bild zeigen. Diese

Lücke wird durch Joshua Zimmermans umfassende und ausgewogene Monographie gefüllt.

In vierzehn Kapiteln beleuchtet der Autor verschiedene Aspekte des komplexen und schwierigen Themas. In der Einleitung ruft er den Nachruf auf Cyla Wiesenthal in Erinnerung, in dem erwähnt wurde, dass sie den Zweiten Weltkrieg mit der Unterstützung des polnischen Untergrundes, und zwar, wie sich später herausstellte, der Heimatarmee (*Armia Krajowa*, AK), überlebt hatte. Dies stand im Widerspruch zu Zimmermans Vorannahme und zur Erinnerung vieler anderer Juden, die die AK nur als eine judenfeindliche Bewegung verstanden. Diese Beobachtung bewegte ihn dazu, die undifferenzierten Wahrnehmungen der AK in einer Studie zu hinterfragen. (S. 1–3).

Die Analyse der politischen Situation in der Zweiten Polnischen Republik ermöglicht es dem Leser, die politische Zusammensetzung des Untergrundstaates, zu dem die AK gehörte, besser zu verstehen. Nach dem Tod Józef Pilsudskis, der zwar diktatorisch regierte, aber kein Antisemit war, kamen in Polen Politiker an die Macht, die das Lager der Nationalen Einheit (Obóz Zjednoczenia Narodowego, ONR) etablierten. Infolgedessen rückte die politische Zusammensetzung der regierenden Eliten nach rechts, was die Ausbreitung des ohnehin in fast allen Lebensbereichen präsenten Antisemitismus noch verstärkte. Die polnische Regierung, die sich nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs im Exil formierte, stand jedoch in Opposition zum ONR. Auf ihre politische Ausrichtung wirkten auch Frankreich, Großbritannien und die USA ein, von denen sie unterstützt wurde. Vor allem in der ersten Phase des Krieges betonte sie den Bruch mit der totalitären Tradition in der Zweiten Polnischen Republik, sprach sich für ein demokratisches System in einem zukünftigen polnischen Staat aus und beteuerte, Juden und andere Minderheiten nicht diskriminieren zu wollen (S. 46, 73).

Für die militärischen Angelegenheiten wurde von der Exilregierung Wladyslaw Sikorski berufen, ein erfahrener Offizier und Politiker mit gemäßigten Ansichten. Die AK entstand jedoch von unten. Ihr Vorläufer war der Verband für den bewaffneten Kampf (Związek Walki Zbrojnej, ZWZ). Strukturell bestand der polnische Untergrundstaat aus sieben Abteilungen, die ähnlich wie Ministerien Finanzen, militärische Operationen, Propaganda und weitere Gebiete betreuten (S. 55). Die wichtigste Untergrundzeitung der AK, *Biuletyn Informacyjny*, erschien alle zwei Wochen in hoher Auflage und druckte unter anderem Mitteilungen an die polnische Gesellschaft ab (S. 55). Eine der ersten Botschaften dieses Mediums an die polnische Gesellschaft war die Drohung, den „Verrat“ (Kollaboration mit den Deutschen) mit dem Tod zu bestrafen (S. 57).

Eine zentrale Rolle spielt in Zimmermans Monographie Stefan Rowecki, das erste Ober-

haupt des ZWZ und der AK, der offiziell apolitisch und privat linksorientiert war (S. 65). An seinem Beispiel und dem einiger anderer AK-Mitglieder zeigt Zimmerman, wie die AK den Holocaust wahrnahm. Bis Mai 1941 waren die leitenden Ebenen der AK davon überzeugt, dass nicht Juden, sondern Polen das Hauptziel der deutschen Politik seien oder dass beide Gruppen etwa in gleichem Ausmaß litten (S. 71, 78). Die Berichte der AK an die Regierung in London zeigen jedoch auch, dass die Einstellung der Polen gegenüber den Juden sich von Monat zu Monat verschlechterte, selbst wenn ein Teil der polnischen Gesellschaft den Terror der Nationalsozialisten gegenüber den Juden verurteilte (S. 75–76). Die Überzeugung, dass die Juden die Sowjetunion unterstützten oder sogar beherrschten, war in der AK weit verbreitet. Vor allem in den Territorien der Zweiten Polnischen Republik, die im September 1939 in die Sowjetunion eingegliedert wurden, wurden Juden als Kommunisten und Feinde der polnischen Nation wahrgenommen (S. 76).

Die Errichtung des Warschauer Ghettos im Oktober 1940 verstand die AK als ein „riesiges Verbrechen“. Zu dieser Zeit begann sie die Kollaboration mit Deutschen heftiger anzuprangern (S. 79, 84). Spätestens nach dem Angriff Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion wurde jedoch deutlich, dass Rowecki und andere führende Mitglieder die Verbrechen der Deutschen an den Juden nur dokumentieren oder öffentlich verurteilen, ohne in die Situation einzugreifen (S. 101). Die AK und auch die polnische Regierung im Exil gingen davon aus, dass die Juden eine andere Schicksalsgemeinschaft als die Polen darstellten bzw. nicht zur polnischen Gesellschaft gehörten, weshalb eine militärische Intervention zu ihren Gunsten nicht erforderlich sei (z.B. S. 104–105). Vielen AK-Mitgliedern fehlte es auch an Empathie, die eine adäquate Wahrnehmung und Einschätzung der Situation ermöglicht und entsprechendes Handeln eingeleitet hätte. Stanisław Kot, der vor dem Krieg als Historiker an der Universität Krakau gearbeitet hat und 1941–1942 als Botschafter der Londoner Re-

gierung in der Sowjetunion tätig war, behauptete sogar in einem Bericht vom November 1942, dass die Polen stärker als die Juden litten und dass die Juden ein Fremdkörper bzw. kein Teil der polnischen Gesellschaft seien (S. 111–112).

Zimmerman weist auch darauf hin, dass zur Verschlechterung der polnisch-jüdischen Beziehungen die Überzeugung beitrug, die Rote Armee würde zwar die Juden befreien, aber für die Polen eine neue Besatzung sein (S. 122). Bereits am 25. Januar 1942 erteilte Sikorski den Befehl, in die AK keine Angehörige nationaler Minderheiten aufzunehmen, weil sie „ein weniger wertvolles Element mit einer feindlichen Gesinnung“ seien (S. 122). Anfang 1942 richtete die AK aber auch eine Abteilung für die jüdischen Angelegenheiten ein, der Henryk Woliński vorstand. Ihre Tätigkeit beschränkte sich im Wesentlichen auf die Berichterstattung über den Holocaust oder die Verurteilung von Polen, die sich am Judenmord beteiligten (S. 123–132). Auch zeigten nicht alle Berichte der AK eine wohlwollende Haltung gegenüber den Juden. Einige machten ihnen sogar zum Vorwurf, dass sie gegen die Vernichtung durch die Deutschen keinen Widerstand leisteten (S. 133–136). Verstärkt wurde diese Wahrnehmung durch das Stereotyp des jüdischen Kommunismus, der in der AK durchaus verbreitet war (S. 139–141).

Als die Massendeportationen aus dem Warschauer Ghetto im März 1942 begannen, reagierte die AK vor allem mit der Erstellung von detaillierten und genauen Berichten, die sie an die Exilregierung schickte (S. 141). In diesem Zusammenhang veröffentlichte der *Biuletyn Informacyjny* am 29. Oktober 1942 einen viel-sagenden Satz, der die Gesinnung der AK und ihre Einstellung zu den Juden auf den Punkt brachte: „Wenn die Besatzer gegen die Polen dieselben Methoden anwenden wie gegen die Juden, dann werden sie auf heftigen Widerstand stoßen“ (S. 161). Zwar forderten die AK und die Exilregierung eine Intervention der Alliierten zugunsten der Juden und sie verurteilten Polen, die die Deutschen beim Massenmord unterstützen, aber sie taten selbst nichts,

um diesen Massenmord zu unterbinden (S. 169). Die Londoner Exilregierung schenkte den Berichten der AK lange keinen Glauben bzw. reagierte auf sie mit mehrmonatiger Verzögerung (S. 169).

Ende Oktober 1942 errichtete der Untergrundstaat den Rat für die Unterstützung der Juden (*Rada Pomocy Żydom*), der auch *Żegota* genannt wurde. Er bekam jedoch trotz des Massenmordes an den Juden nur einen geringen Anteil des Gesamtbudgets (etwa fünf Prozent), das der AK von der Regierung zur Verfügung gestellt wurde, und konnte deshalb nur wenigen Juden helfen (S. 177, 184), selbst wenn die Mitglieder der *Żegota* ihren Aufgaben gewissenhaft nachgingen. Einige wie Irena Sendler waren sogar in die Rettung von mehreren Hundert Juden, vor allem Kindern, involviert (S. 304–307). Insgesamt hatte jedoch die Rettung der Juden keine Priorität für die AK und sie blieb im Schatten des Kampfes gegen die Deutschen oder des patriotischen Widerstandes kaum sichtbar.

In zahlreichen Publikationen verurteilte die AK „szmalcownicy“ – Personen, die außerhalb der Ghettos nach Juden suchten, ihnen mit Auslieferung an die Deutschen drohten und von ihnen und ihren Helfern Geld erpressten. Eine unbekannte Zahl dieser Menschen wurde von der AK exekutiert. Die AK nannte sie „Verräter“, weil sie das Wort „Kollaboration“ nicht kannte. Die Ermordung der Juden verstand sie als Verrat der polnischen Nation, selbst wenn ein Teil ihrer Mitglieder sich am Holocaust beteiligte (S. 194).

Die Unwilligkeit der Führungsschicht der AK, die Juden mit Waffen zu versorgen, ist ein anderes zentrales Thema in Zimmermans Monographie. Der Autor präsentiert mehrere Dokumente, in denen die AK vor allem vor Beginn und während des Ghetto-Aufstandes die Meinung äußert, den Juden keine Waffen überlassen zu sollen, weil sie nicht kämpfen könnten und ihre Waffen deshalb schnell in die Hände der Deutschen geraten würden (S. 204, 221). Der Ghetto-Aufstand beeindruckte die AK zwar zutiefst und revidierte ihre Meinung über die vermeintliche jüdische Unfähigkeit zu

kämpfen, aber er veränderte ihre Einstellung gegenüber den Juden als einer anderen Schicksalsgemeinschaft nur bedingt.

Zimmerman schenkt den Veränderungen in der AK, die nach der Verhaftung von Stefan Rowecki am 30. Juni 1943 in Warschau und Sikorskis Tod am 4. Juli 1943 eintraten, viel Aufmerksamkeit. Die Ersetzung von Sikorski durch das Duo Stanislaw Mikołajczyk und Kazimierz Sosnowski und von Rowecki durch Tadeusz Komorowski wertet er als fatal für den weiteren Verlauf der polnisch-jüdischen Beziehungen. Vor allem Komorowski und Sosnowski waren nationalistischer und rechts-orientierter als ihre Vorgänger, was sich entsprechend auf die Einstellung der AK gegenüber den Juden auswirkte (S. 249–250). So wurden Juden in den internen Verordnungen der AK immer öfter als Feinde Polens dargestellt. Ihre Aufnahme in die Bewegung galt als gefährlich und unerwünscht (S. 252). Die Führungsschichten der AK zeigten auch immer weniger Verständnis für Juden, die den Holocaust in Polen zu überleben versuchten, und betrachteten sie als sowjetfreundliche Banditen, die Polen überfallen und ausrauben wollten (S. 254). Diese Einstellung verbreitete sich bis in die unteren Ebenen der Organisation und stieß dort auf fruchtbaren Boden. Trotzdem kämpfte in der AK eine unbekannte Zahl von Juden, die jedoch in der Regel ihre Identität verbergen mussten. Manchmal wurden sie in Bataillone aufgenommen, deren Kommandeure keinen Unterschied zwischen Polen und Juden machten. Diese Aufnahme musste jedoch gegenüber den Vorgesetzten verschwiegen werden und wurde aus Sicherheitsgründen geheim gehalten.

In zwei Kapiteln, von denen eines der Ermordung von Juden und das andere ihrer Rettung gewidmet ist, zeigt Zimmerman, dass die Quantifizierung beider Phänomene schwierig bzw. unmöglich ist. Dabei wird es deutlich, dass die AK durchaus viele Juden ermordete und sich regional sehr unterschiedlich zu ihnen verhielt. So agierten die AK-Partisanen im Gebiet von Nowogródek, das von Polen und Litauern bewohnt war, viel antisemitischer als die

AK-Einheiten in Südostpolen, wo Ukrainer und Polen nebeneinander lebten. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Antikommunismus, der in Nordostpolen extrem verbreitet war, und auch die Präsenz sowjetischer Partisanen. Eine andere wichtige Rolle spielten die Organisation Ukrainischer Nationalisten und die Ukrainische Aufständische Armee, die nicht nur ethnische Säuberungen gegen Polen in Wolhynien 1943 und Ostgalizien 1944 durchführten, sondern auch Juden außerhalb der Ghettos oder Zwangsarbeitslager jagten und ermordeten.

Nach dem Krieg wurden die AK-Soldaten in Polen staatlichen Repressionen ausgesetzt, weil sie für die Londoner Regierung gegen die Sowjetunion gekämpft hatten. Ihre komplizierte Einstellung zu den Juden und ihr fragwürdiges Verhalten im Holocaust waren für die neuen Machthaber relativ unbedeutend. Da die AK eine Dachorganisation war, die verschiedene, auch kleinere Bewegungen, darunter auch einige mit extrem rechten und faschistischen Überzeugungen wie die Nationalen Streitkräfte (*Narodowe Siły Zbrojne*, NSZ), einschloss, konnte man in ihren Reihen sowohl überzeugte Faschisten und Antisemiten als auch Demokraten finden, denen die Rettung ihrer jüdischen Mitbürger nicht weniger wichtig war als der patriotische Widerstand.

Zusammenfassend sollte hervorgehoben werden, dass Joshua Zimmerman ein wichtiges Buch über die AK und die Juden geschrieben hat. Es ist ihm gelungen, alle zentralen Aspekte dieses schwierigen Themas zu beleuchten und alle Seiten der Einstellung der größten nationalen Widerstandsbewegung in Europa zu den Juden zu erläutern. Mit seiner Monographie macht er deutlich, dass politische Orientierung und Handlungspraxis die AK von faschistischen Bewegungen wie der Ustaša, der Eisernen Garde oder der Organisation Ukrainischer Nationalisten unterschieden, selbst wenn sich in ihren Reihen Faschisten und Antisemiten befanden. Zimmermans Schlusstheese, dass die AK aus Menschen mit verschiedenen politischen Gesinnungen bestand und dadurch ein Ausschnitt fast der gesamten polnischen Gesellschaft war, kann nur zugestimmt werden. In

der AK gab es sowohl aus Antisemiten, die Juden ermordeten, als auch Personen, die ihr Leben riskierten, um sie zu retten. Der Mehrheit der AK-Soldaten war das Schicksal der Juden schlicht egal, weil sie sie nicht als Mitglieder ihrer Nation oder Schicksalsgemeinschaft verstanden. Obwohl sie den Holocaust schrecklich fanden und Kollaboration mit den Deutschen anprangerten, versuchten sie nicht, die massenhafte Ermordung der Juden zu unterbinden. Ein ähnliches Vorgehen der Besat-

zer gegen die Polen hätte jedoch nach eigenem Bekunden zu vehementem Widerstand und erbittertem Kampf geführt. Von einer tiefergehenden und kritischeren Beleuchtung dieses zentralen Aspekts der Studie hätte Zimmermans Buch noch profitiert. Es ist aber trotzdem die erste vollständige Monographie über den polnischen Untergrund und die Juden, die das Thema strukturiert und ausgewogen präsentiert und seine Komplexität deutlich macht.

Grzegorz Rossoliński-Liebe, Berlin

STEFAN GUTH: *Geschichte als Politik. Der deutsch-polnische Historikerdialog im 20. Jahrhundert.* Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2015. VII, 520 S. = Ordnungssysteme, 45. ISBN: 978-3-11-034611-4.

Mit seiner Studie zum deutsch-polnischen Historikerdialog – der die Beschreibung als Dialog tatsächlich nur für den kleineren Teil des behandelten Zeitraums verdient – bewegt sich der Tübinger Historiker Stefan Guth auf einem Feld, das in den vergangenen beiden Jahrzehnten intensiv erforscht worden ist: dem Neben-, Gegen- und nur selten Miteinander der Geistes- und vor allem Geschichtswissenschaften in zwei Nachbarstaaten, die sich auch politisch zumeist antagonistisch gegenüberstanden. Hierbei vermag er mit seiner bereits mehrfach ausgezeichneten Arbeit neue Akzente zu setzen, zumal sie den viel beschworenen, aber nur selten eingelösten Anspruch einer international vergleichend angelegten Untersuchung des Themas wirklich ernst nimmt. Neben der Einbettung in die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte verfolgt Guth einen wissenschaftsgeschichtlichen Strang, der methodisch reflektiert das Verhältnis von Wissenschaft und Politik – der „Historisierung der Politik“ und der „Politisierung der Historie“ (S. 2–3, anknüpfend an eine Formulierung des Ostmitteleuropahistorikers Herbert Ludat) im 19. und 20. Jahrhundert – in den Blick nimmt und von Guth als eine „politische Geschichte der Geschichtsschreibung“ (S. 3) bezeichnet wird. Er fragt dabei nach den „politischen Vorausset-

zungen und Implikationen ihrer [d.h. der Berufshistoriker – M.M.] historiographischen und geschichtspopularisierenden Tätigkeit“ (S. 3).

Die Arbeit basiert auf der bereits 2009 in Bern abgeschlossenen Dissertation des Verfassers; Literatur wurde bis zum Erscheinungsjahr 2013 berücksichtigt. So konnte z. B. die (ebenfalls mehrere Jahre nach Abschluss publizierte) Dissertation von Gernot Briesewitz zur polnischen „Westforschung“ und deren Bezügen zur „Ostforschung“ nicht herangezogen werden, was gerade für die in beiden Büchern behandelten dreißiger und vierziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts interessant gewesen wäre – zumal es zwischen den benutzten Archivbeständen nur wenige Überschneidungen gibt und sich auch der methodische Zugriff unterscheidet. Hauptgrundlage von Guths Studie bilden Quellen aus 14 polnischen und deutschen Archiven. Vor allem die Fülle der ausgewerteten Warschauer und Posener Archivbestände ist es, die die bisherigen Kenntnisse über die geschilderten Vorgänge sowie die handelnden Akteure in ihren Kontexten im Detail erweitert. Ein wichtiges Verdienst der Studie ist es zudem, bisherige Forschungen analytisch und vergleichend zu bündeln.

Thematisch konzentriert sich der Autor auf das Wirken der großen Forschungsverbände und -einrichtungen wie die Nordostdeutsche Forschungsgemeinschaft mit der Publikationsstelle Berlin-Dahlem bzw. das Marburger Herder-Institut als eine Art Nachfolger auf deutscher und das Westinstitut (Instytut Zachodni) in Posen/Poznań auf polnischer Seite. Außer-

dem werden zentrale Konferenzen und Publikationsvorhaben behandelt. Chronologisch vorgehend, setzt Guth mehrere zeitliche Schwerpunkte. Zunächst beleuchtet er den deutsch-polnischen „Historikerstreit“ (S. 31) in der Zwischenkriegszeit mit dem Internationalen Historikerkongress in Warschau 1933 als Scharnier zu den veränderten Voraussetzungen in der NS-Zeit. Die Kriegsjahre werden dann eher kursorisch behandelt, worauf eine umfassende Analyse der fortgesetzten Auseinandersetzung von „Ost-“ und „Westforschung“ (teilweise verwendet Guth synonym „Westgedanke“ als wörtliche Übersetzung von poln. *myśl zachodnią*) unter den Bedingungen der beginnenden Blockkonfrontation erfolgt. Ein weiteres kürzeres Kapitel behandelt die Beziehungen der polnischen Forscher zu den Kollegen im „anderen Deutschland“, der DDR. Erneut ausführlicher widmet sich Guth abschließend der „verspäteten Verständigung“ (S. 353) ab den siebziger Jahren, besonders im Kontext der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission. Jenseits der Kapiteleinteilung lässt sich die Arbeit so in zwei übergeordnete Komplexe gliedern: Einerseits ist dies die Behandlung jener Zeit, in der die Paradigmen von „Ostforschung“ und „Westforschung“ den gegenseitigen Umgang bestimmten. Deutlich werden dabei besonders die Kontinuitäten über die scheinbaren Brüche von 1933 und 1945 hinweg, und dies für beide behandelten Wissenschaftsgemeinden. Es folgte dann, andererseits, eine zweite Phase, die von der allmählichen Abkehr von diesen Grundlagen geprägt war. Die entsprechende Einteilung bedeutet zugleich, dass – anders als man es beim Titel vermuten könnte – zunächst die Zeit um den Ersten Weltkrieg herum nur am Rand gestreift wird. Auch die Jahre ab den achtziger Jahren mit dem Umbruch von 1989, weitergehenden Tendenzen zur Verständigung, teilweise jedoch mit einer „Destruktion des Dialogs“ (Dieter Bingen u. a.) aufgrund des nach wie vor umstrittenen Themas Vertreibung werden nur in Ausblicken thematisiert. Die Rolle der Fachhistoriker gerade in diesen letzteren Debatten wäre ein weiterer interessanter Untersuchungsgegenstand gewesen, der wohl Guths Befund der Entwicklung eines

„stärker meinungsppluralistisch strukturierten Settings“ (S. 466) in Gesellschaft und Wissenschaft sowie den Verlust der Deutungshoheit einzelner Milieus bestätigt hätte.

In seinem ersten Themenkomplex arbeitet der Autor eine Reihe von Analogien zwischen beiden Forschungsrichtungen heraus (mit großen Unterschieden natürlich in Hinblick auf die persönlichen und institutionellen Bedingungen im Weltkrieg, wobei sich die vertretenen Programme in vergleichbarer Weise expansiv radikalisierten). Demnach stand „auf beiden Seiten die Legitimation territorialer Ansprüche mit wissenschaftlichen Argumenten [im Vordergrund]“ (S. 301), wobei jeweils die Leistungen des „eigenen“ Volkes herausgestellt und der Nachbar nur als „negative[r] Einflussfaktor“ (S. 302) wahrgenommen wurde – jeweils einhergehend mit der Durchsetzung einer politisch untermauerten Deutungshoheit über die behandelten Fragestellungen. Diese national bestimmte Einseitigkeit führte zu einer Konzentration auf wenige Themen, die dann aber mit einer durchaus neuartigen Vielfalt an Methoden behandelt wurden. Die Geschichtswissenschaft charakterisiert Guth dabei als eine „Integrationswissenschaft“ (S. 302), die die verschiedenen Ansätze zusammenführte. Die Argumentationen der jeweils anderen Seite wurden häufig aufgegriffen und „umgedreht“ – etwa in der Frage, wessen Vorfahren ein bestimmtes Gebiet zuerst besiedelt hatten. In Polen herrschte allerdings für lange Zeit eine stärker staatsbezogen-politikgeschichtliche Richtung vor. Der „volksgeschichtliche“ Zugriff der „Ostforschung“ blieb so zunächst ein „Alleinstellungsmerkmal“. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand die Frage der Grenzen erneut im Mittelpunkt, in Polen nun besonders zur Begründung des eigenen Anspruchs auf die „wiedergewonnenen“ Gebiete im Westen, die ehemaligen deutschen Ostgebiete. Unter Anpassung des Vokabulars – antikommunistisch gefärbt in der Bundesrepublik, marxistisch-sozialistisch in der Volksrepublik – blieben sowohl die Akteure weitgehend dieselben, wie zunächst auch ihre Funktionen auf dem Gebiet der Außenpolitik und der Erinnerungspolitik

ihres jeweiligen Staates. Mit der zunehmenden Akzeptanz des Gebietsverlustes im Osten in der bundesdeutschen Bevölkerung und der Normalisierung der politischen Beziehungen verlor allerdings die „Ostforschung“ zunehmend an Bedeutung, während die legitimatorischen Aufgaben der „Westforschung“ weiter bedeutsam blieben, zumal die betroffenen Gebiete eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung des polnischen Staates spielten und die Oder-Neiße-Grenze einen zentralen Bezugspunkt auch der sowjetischen Politik darstellte. Kaum vergleichbar war zudem natürlich der jeweilige Freiheitsgrad in einer demokratisch und in einer staatssozialistisch verfassten Gesellschaft – die später einsetzende „Abkehr von der Parteilichkeit war [...] nur in dem Maße möglich, wie sie auch die jeweilige nationale Geschichtspolitik zuließ“ (S. 461).

Schon ähnlicher waren da die Verhältnisse in der Volksrepublik und in der DDR, die Guth als Überleitung zum zweiten Komplex behandelt. Die Historiker beider Länder waren trotz der „verordneten Freundschaft“ (S. 307) kaum in der Lage, die bisher bedienten Antagonismen argumentativ vollständig zu beseitigen. Vielmehr kam es auch hier, u. a. in der Arbeit der von 1956 bis 1990 existierenden zwischenstaatlichen Historikerkommissionen, wiederholt zu national begründeten Gegensätzen. Zwar wurden historische Gemeinsamkeiten aus vorgelagerten Epochen – etwa der „Völkerfrühling“ Mitte des 19. Jahrhunderts – betont und man arbeitete sich am gemeinsamen Gegner im Westen ab, z. B. hinsichtlich des fortgesetzten Wirkens der „Ostforscher“. Gerade bei umstrittenen Punkten der jüngeren Vergangenheit aber ließ sich kaum Einigkeit erzielen, zumal auch das sowjetische Geschichtsbild im Hintergrund immer eine Rolle spielte. Und während die DDR-Historiker die Geschichte eines „besseren Deutschlands“ erzählten und sich von großen Teilen der „deutschen“ Vergangenheit distanzieren, argumentierten die polnischen „weiterhin mehrheitlich von der Warte einer traditionellen Nationalgeschichte aus“ (S. 350), die überwiegend positiv gedeutet wurde. Der „internationale Klassen-

kampf“ als Leitparadigma konnte solche Gegensätze nur teilweise überbrücken, zumal es von den DDR-Historikern in viel dogmatischer Art und Weise bedient wurde. Guth wertet dieses Geschichtsbild daher gerade nicht als konsensbildend, sondern als Hindernis auf dem Weg zur Verständigung. Erst durch die „Erbe-Diskussion“ in der DDR in den siebziger und achtziger Jahren mit der Wiederaneignung z. B. der preußischen Vergangenheit näherten sich die methodischen Zugriffe hier wieder an.

Zugleich wurde in den siebziger Jahren die ostdeutsch-polnische Konsultation „vom westdeutsch-polnischen Dialog überholt“ (S. 352). Grundlage dafür war ein allmählicher Wandel der Forschungsparadigmen in der Bundesrepublik, der an die Stelle der volksgeschichtlich-germanozentrischen Annahmen stärker beziehungs geschichtlich argumentierende Ansätze treten ließ, während sich allgemein die Zugänge pluralisierten und die behandelten Themen sowie die Akteure nicht mehr ‚nur‘ an den Forschungsinstituten, sondern auch stärker an den Universitäten verankert waren. Von Bedeutung waren hier einerseits die Neuzeithistoriker in der beginnenden „Aufarbeitung“ der Grundlagen und Ausprägungen der NS-Besatzungs- und Vernichtungspolitik, die zu einer „Versachlichung der beziehungs geschichtlichen Auseinandersetzung“ (S. 366) beitrugen, und andererseits aber gerade auch die Mediävisten, deren Beiträge zuvor vielfach für die territoriale Legitimation herangezogen worden waren. Nicht umsonst waren mit Albert Brackmann und Hermann Aubin die beiden führenden „Ostforscher“ Mittelalterhistoriker gewesen – in Aubins Fall bis weit in die Bundesrepublik hinein –, und nicht umsonst sollte einer der frühesten und damit wichtigsten Ansätze zur Traditionskritik nach 1945 durch den Mittelalterhistoriker Walter Schlesinger formuliert werden. Auch auf polnischer Seite wandte man sich zunehmend vom umfassenden „Feindbild Deutschland“ ab und bescheinigte der deutsche Geschichte „nur noch eine partielle Negativität“ (S. 371). In der Arbeit der Anfang der siebziger Jahre begründeten Deutsch-Polni-

schen Schulbuchkommission mit ihren mannigfaltigen Themen – von der Geschichte des Deutschen Ordens über die Aufklärung, den Vormärz und den „Völkerfrühling“ bis hin zu den „heißen Eisen“ Besatzung, Vertreibung und Oder-Neiße-Grenze – wird zugleich die fortwährende Verquickung wissenschaftlicher und politischer Interessen deutlich, wobei trotz des pädagogisch-didaktischen Hintergrunds der fachwissenschaftliche Dialog im Vordergrund stand – u. a., so Guth, aufgrund der „beachtliche[n], von ideologischen Befangenheit

kaum getrübe[n] methodische[n] Flexibilität der polnischen Historiker“ (S. 452). Gleichwohl gab es auch hier „Konsens-, Dissens- und Tabu-Themen“ (S. 453). Und so gilt bis heute, dass angesichts politischer Positionsbezüge, die für die Wissenschaft vielfach attraktiv sein können, „die Fachwissenschaft ihr Versachlichungspotential zwar ausschöpfen *kann*, aber beileibe nicht *mus*“ (S. 469). Stefan Guth führt die Gründe dafür in seiner Studie sachlich und kompetent vor.

Martin Munke, Dresden

JOANNA WAWRZYŃIAK: *Veterans, Victims, and Memory. The Politics of the Second World War in Communist Poland*. Translated by Simon Lewis. Frankfurt a.M. [usw.]: Peter Lang, 2015. 259 S., 18 Abb., 6 Tab., 1 Kte. = Studies in Contemporary History, 4. ISBN: 978-3-631-64049-4.

Joanna Wawrzyńiak's book *Veterans, Victims, and Memory* is a supplemented and updated translation of her 2009 study *ZBoWiD I pamięć drugiej wojny światowej*. The book examines the emergence and the development of the Polish Union of Fighters for Freedom and Democracy (ZBoWiD), the umbrella organisation of war veterans and victims in Communist Poland, between 1945 and 1970.

Wawrzyńiak identifies four historical periods during which the Union underwent significant changes, both in terms of its membership and its politics of memory. Wawrzyńiak begins with a graphic description of the chaotic immediate post-war period, with the ongoing presence of death, destruction and trauma in Polish everyday life. This period saw a great variety of war victim and veteran organisations emerge and compete for recognition, social benefits and the dissemination of their particular interpretations of the war-time experience. A second period between 1949 and 1956 was distinguished by the forced merger of these associations, which were to form ZBoWiD, a single mass organisation, in 1949. The ruling Communists perceived the Union as a top-down

Soviet-style mass organisation whose main task was the spread of the “myth of the victory over fascism”, according to which the brotherly sacrifices Soviet soldiers and Polish combatants made during the war paved the way for the victory over Nazi Germany. This interpretation also emphasised the suffering and resistance of Communists in the camps, but it left little room for an appreciative recognition of the role of the Home Army.

The suppression of alternative views and the inability of ZBoWiD to improve the social protection of war victims and veterans, however, resulted in dwindling membership until de-Stalinisation turned the tide. In the ensuing third period, between 1956 and 1959, the Union's leadership faced a flurry of dissonant voices and struggled to keep renewed grass-root activities at bay. During the thaw it became all too obvious that the “brotherhood myth” so far disseminated by ZBoWiD was deeply at odds with the living memory in Polish society. Many of the diverse groups forced under the roof of ZBoWiD formulated diverging memories of the war and resistance. Wawrzyńiak convincingly demonstrates how the pressure exerted bottom-up forced the Union's leadership to react and renew itself. Consequently, the founding myth was significantly modified. Aiming to bring together a deeply divided Polish society, it downplayed the Soviet role and emphasised the “unity” of the resistance movement and of innocent victims during the war.

This laid the basis for the next stage identified by Wawrzyniak, the “normalization” period of 1960s. During the 1960s, ZBoWiD turned into a social lobbying organisation for veterans and victims. This was facilitated by Poland’s slow but steady economic recovery on the one hand, and by the integration of ZBoWiD’s functionaries into the ranks of the party (and its economy of favours) on the other. Remarkably, the 1960s witnessed also the dominance of an outright nationalist memory regime which, borrowing from 19th century romantic nationalism, emphasised Polish war-time suffering and heroism at the expense of all other groups, including the Jews. This development is closely related to Mięcisław Moczar’s directorship of the Union (1964–1972), yet Wawrzyniak’s detailed analysis shows that already under his predecessor, General Janusz Zaryck, ZBoWiD saw a massive influx of former Home Army soldiers. In any case, ZBoWiD served as an important sounding board during Moczar’s notorious “anti-Zionist” campaigns of 1968, provoking Jewish mass-emigration from Poland in the late 1960s.

Pointing to the slow retreat of the war-time generation from Polish politics in the 1970s, Wawrzyniak’s in-depth analysis ends with this stage of development. Yet for the English translation, the author supplemented an informative further chapter dealing with the “long shadow” of communist memory politics in Poland across the 1989 threshold. Here she convincingly shows how core elements of the communist politics of commemoration continue to inform historical debates in contemporary Poland. Against the backdrop of the very inclusive definition of “combatants” and

“prisoners” that ZBoWiD operated with, its mass membership and its role in the socialist welfare state, readers will deplore, however, that the book skips the period between 1970 and 1989. Wawrzyniak thus excludes, for example, how ZBoWiD’s positioned itself towards Germany’s new “Ostpolitik” or which stance it took during the Solidarity years in the early 1980s. By contrast, Wawrzyniak included a comprehensive comparative overview into her final chapter, placing the experience of Polish war victims and veterans in a broader European context.

In sum, Wawrzyniak’s study successfully combines a social history approach towards the institutional history of ZBoWiD and its membership with an analysis of the politics of memory pursued by its leaders and ideologist, based on a thorough reading of programmatic speeches and articles of the Union’s periodicals. One may lament, however, that Wawrzyniak stops short of a more detailed analysis of the personal networks of ZBoWiD’s functionaries, i. e. interpersonal links that may or may not be more obvious to Polish readers. More importantly, Wawrzyniak’s study is more detailed on the earlier periods under consideration, which is somewhat counterintuitive, given the diversification of the political context and the increasing plurality of circles and views within ZBoWiD after 1956.

Apart from exceptional hiccups, the book is well translated and makes for a captivating reading. It is a fine study, which offers rich and detailed insights into Polish memory politics. It is likewise an important addition to the growing body of studies on the role of war veterans in twentieth-century Europe.

Christian Noack, Amsterdam

PAUL BRYKCYNSKI: *Primed for Violence. Murder, Antisemitism, and Democratic Politics in Interwar Poland.* Madison, WI: University of Wisconsin Press, 2016. XVII, 215 S., 21 Abb. ISBN: 978-0-299-30700-4.

Kaum eine Woche im Amt, fiel der erste polni-

sche Präsident Gabriel Narutowicz am 16. Dezember 1922 einem Attentat zum Opfer. Der Mord folgte auf eine antisemitisch unterlegte Diffamierungskampagne der in der Präsidentschaftswahl unterlegenen Nationaldemokraten (ND). Diese warfen Narutowicz vor, mit „nichtpolnischen“, insbesondere „jüdischen“

Stimmen gewählt worden und daher nicht ausreichend als polnisches Staatsoberhaupt legitimiert zu sein. Diese Kampagne und das darauffolgende Attentat auf Narutowicz legten offen, wie heikel die Frage nach der Rolle der nationalen Minderheiten im polnischen Staat war. Die junge Demokratie erlebte ihre erste schwere Krise.

Bislang herrschte die Ansicht vor, das Attentat und die dadurch ausgelöste Staatskrise hätten eine Niederlage der polnischen Nationaldemokratie bedeutet. Schließlich distanzierete sie sich rasch von der Tat und schwieg, als bei der Neuwahl erneut der Kandidat siegte, der die Unterstützung des Blocks der nationalen Minderheiten gewonnen hatte. Paul Brykczynski legt nun eine Studie vor, die in sechs Kapiteln sowohl die politische Ausgangslage und Begleitumstände, die zum Attentat führten, als auch dessen unmittelbare, mittel- und langfristigen Folgen für das politische System der Zweiten Polnischen Republik eingehend untersucht. Insbesondere bei der Bewertung der politischen Folgen nimmt Brykczynski eine Neubewertung vor und legt dar, dass der Mord an Narutowicz für die Nationaldemokraten keine politische Niederlage bedeutete, sondern mittel- und langfristig gar zur allgemeinen Akzeptanz ihrer Forderung nach einer „polnischen Mehrheit“ bei den polnischen Parteien führte.

Brykczynski schildert plastisch das Zustandekommen und den Verlauf der bis dahin schwersten Krise der jungen Polnischen Republik. Diese, so zeigt er auf, war das Ergebnis einer langen Folge von ressentimentgesteuertem Populismus, politischer Fehlkalkulationen aller politischen Lager sowie fehlender Entschlossenheit oder klammheimlicher Zustimmung der Sicherheitsorgane zur nationaldemokratischen Politik. Die Nationaldemokraten nutzten, so Brykczynski, schon im Vorfeld der Parlamentswahlen antisemitische Propaganda, um einerseits ihre programmatische Schwäche zu überdecken. Andererseits setzten sie so die sozialistische PPS, die linke Bauernpartei Wyzwolenie (Befreiung) und die rechte Bauernpartei Piast unter Druck, nach den Wahlen nicht

mit dem Block der nationalen Minderheiten zu kooperieren. Dessen unerwartet gutes Abschneiden bei den Parlamentswahlen hatte die Minderheiten zum Zünglein an der Waage werden lassen, da weder Nationaldemokraten noch Mitte-Links-Parteien über eine Mehrheit verfügten. Dies trat bei den Präsidentenwahlen offen zu Tage. Die Nationaldemokraten hatten sich ihre Chance verbaut, weil sie mit Maurycy Zamojski einen Kandidaten aufgestellt hatten, der für die einzige Partei, die möglicherweise mit ihnen hätte stimmen können, die Bauernpartei Piast, als Großgrundbesitzer unwählbar war. Die linken Parteien wiederum wurden fünf Tage vor der Wahl von der Nachricht überrascht, dass der bisherige „Staatschef“ Józef Pilsudski entgegen allen Erwartungen nicht kandidierte. Da sich die Parteien in der Eile nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen konnten, schickte jede einen eigenen ins Rennen. Im fünften Wahlgang setzte sich eher zufällig der Kandidat der Wyzwolenie, der bisher wenig bekannt Außenminister Gabriel Narutowicz, durch, da er auch die Unterstützung des Blocks der nationalen Minderheiten erhalten hatte.

In seiner Analyse sieht Brykczynski die politischen Ränkespiele der verschiedenen Parteiführer und deren mangelnden Willen zur Kooperation als Ausgangspunkt der politischen Krise. Doch wenngleich deren Verantwortung kaum von der Hand zu weisen ist, stellt sich die Frage, warum der Autor Pilsudski hier völlig außen vor lässt, obwohl dieser mit seinem kurzfristigen und überraschenden Verzicht auf die Kandidatur erheblichen Anteil am Entstehen der Krise hatte.

Die Nationaldemokraten entfesselten in den wenigen Tagen bis zur Amtseinführung Narutowiczs eine hasserfüllte Kampagne gegen diesen, die nahtlos an ihre antisemitische Rhetorik aus dem Wahlkampf anknüpfte. Die Folge waren wiederholte Ausschreitungen ihrer Anhänger, die am Tag der Inauguration Narutowiczs nicht nur Abgeordnete linker und jüdischer Parteien tätlich angriffen, sondern beinahe auch über den Präsidenten hergefallen wären. Dass die Menge im Zaum gehalten werden

konnte, war, wie Brykczynski eindrücklich schildert, nicht das Verdienst der eigentlich dafür zuständigen Polizei, sondern organisierter Arbeitertrupps, die die PPS mobilisiert hatte.

Erst nach dem Mord an Narutowicz, so macht Brykczynski deutlich, gelingt es den Parteiführern der PPS, Ignacy Daszyński, und der Wyzwolenie, Stanisław Thugutt, sowie dem Sejm-Marschall Maciej Rataj, durch entschlossenes Agieren der Situation Herr zu werden und einen von vielen erwarteten Putsch der Anhänger Pilsudskis zu verhindern. Auch die Nationaldemokraten brechen ihre Agitation umgehend ab und verurteilen den Mord am Präsidenten. Doch, und dies ist eines der zentralen Ergebnisse der Studie, diese Verurteilung ist keineswegs einer Einsicht in die politische Mitverantwortung für die Tat geschuldet gewesen, sondern war rein taktisch motiviert. Schon wenige Wochen nach dem Mord fanden sich, wie Brykczynski darlegt, zahlreiche Artikel in der nationaldemokratischen Presse, die den Präsidentenmörder zumindest moralisch ins Recht setzten. Auch die Beerdigung des zum Tode verurteilten und hingerichteten Mörders gerät zur politischen Demonstration, an der 10.000 Anhänger der Nationaldemokratie teilnehmen.

Dennoch mussten sich die Nationaldemokraten damit abfinden, dass auch bei der Wiederholung der Präsidentenwahl nicht ihr Kandidat, sondern jener der Mitte-Links-Parteien siegte, da es ihm gelang, die Stimmen der nationalen Minderheiten zu gewinnen. Viel entscheidender als die Besetzung des Präsidentenamtes war aber, so die Hauptthese Brykczynskis, dass die polnischen Parteien bei der

anstehenden Regierungsbildung und darüber hinaus das nationaldemokratische Postulat der „polnischen Mehrheit“ akzeptierten und keine Koalitionen mit dem Block der nationalen Minderheiten eingingen. An dieser Stelle schießt der Autor jedoch etwas über das Ziel hinaus, wenn er die gescheiterte staatsbürgerliche Integration der nationalen Minderheiten bis zum Ende der Zweiten Republik im Jahr 1939 zur Bestätigung seiner These anführt. Zwar kann er schlüssig darlegen, dass sich die polnischen Parteien links der Nationaldemokratie von der diskursiven Macht der „polnischen Mehrheit“ einschüchtern ließen. Doch ignoriert seine Diagnose nicht nur die politische Disparität des Blocks der nationalen Minderheiten, die einer Regierungsbeteiligung auch ohne „polnische Mehrheit“ im Wege gestanden hätte; sie verkennt auch die Bemühungen der polnischen Regierungen nach Pilsudskis Putsch im Jahr 1926, eine Einigung mit den Minderheiten herbeizuführen. Schließlich übersieht er die – letztendlich gescheiterten – Bemühungen der nationaldemokratischen Regierung unter Władysław Grabski vom Jahre 1925, eine auf Zugeständnissen beruhende Kooperation mit den jüdischen Abgeordneten zu erreichen. Obwohl Brykczynski in diesem Punkt die Belastbarkeit seiner These etwas überschätzt, schmälert dies den Wert der Arbeit nicht. Seine Studie leistet einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der polnischen Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg und der Debatte über nationale Minderheiten in der Zweiten Republik.

Stephan Stach, Prag

EAGLE GLASSHEIM: *Cleansing the Czechoslovak Borderlands. Migration, Environment, and Health in the Former Sudetenland.* Pittsburgh, PA: University of Pittsburgh Press, 2016. IX, 275 S., 29 Abb. ISBN: 978-0-8229-6426-1.

Die Geschichte des Wandels der tschechischen Grenzregionen im 20. Jahrhundert ist in den letzten Jahren zu einem beliebten Feld der his-

torischen Forschung geworden. Entstanden sind zahlreiche Studien zur Geschichte der nationalsozialistischen Besetzung nach dem Münchener Abkommen, zur Vertreibung der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg und zur Wiederbesiedlung dieser Region in der Nachkriegstschechoslowakei. Aktuell richtet die Forschung zudem ein besonderes Augenmerk auf die langfristigen Folgen der

Bevölkerungsveränderungen und der politischen Zäsuren für die Region. Hier setzt auch das zu besprechende Buch von Eagle Glassheim an. Sein Ziel ist es, die Auswirkungen von Zwangsmigrationen und Wiederbesiedlung für die Betroffenen wie auch für die Gesellschaft und die Umwelt der Grenzgebiete zu analysieren. Dabei fragt er insbesondere nach den Planungszusammenhängen des modernen Staates und dessen Ziel, Mensch und Natur zu formen. Das vorliegende Buch bündelt die langjährigen Forschungen des Autors zu diesem Thema. Mehrere Kapitel sind in den vergangenen Jahren in früheren Versionen als Aufsätze erschienen.

Einleitend verweist Glassheim auf eine bisher zu wenig wahrgenommene Parallelität der Entwicklung nach 1945. So wurden sowohl die Vertriebenen in Deutschland als auch die neu in die Grenzregionen kommenden Siedler vielfach als sozial und räumlich entwurzelt bezeichnet. Sowohl Publikationen aus dem Vertriebenenmilieu als auch Dissidenten in der sozialistischen Tschechoslowakei prägten dann eine Deutung, wonach diese Entwurzelung entscheidenden Einfluss auf Zerstörungen und Umweltveränderungen in der Region gehabt habe. Glassheim verdeutlicht in seinem Buch, wie wichtig staatliche Konzepte für diese Entwicklung waren. Zunächst skizziert der Autor jedoch das Geschehen in den Grenzgebieten vor 1945. Anknüpfend an neuere Forschungen betont er, dass von einer „shared history of conflict“ von Deutschen und Tschechen auszugehen ist. Die symbolische Inbesitznahme der Landschaft durch Nationalisten war dabei ein prägendes Element. Der gerade von der sudetendeutschen Bewegung schon vorher propagierte Heimatbegriff sollte sich freilich nach 1938 und der Errichtung des Reichsgaus Sudetenland als problematisch erweisen. Statt einer Förderung vermeintlich konservativer Werte, die meist im ländlichen Raum verortet wurden, setzten die Nationalsozialisten rasch auf Urbanisierung, Zentralisierung und die Ausschöpfung der vorhandenen Rohstoffe.

Im folgenden Kapitel wird das Geschehen von Vertreibung und Wiederbesiedlung kon-

textualisiert. Glassheim verweist zurecht auf das Problem, dass beide Vorgänge oft isoliert erforscht werden, obwohl sie vielfach ineinander übergangen. In Städten kam es etwa durch die Anwesenheit von noch nicht Vertriebenen und bereits eingetroffenen Neusiedlern zu Wohnungsnot und Versorgungsproblemen, was wiederum die Anwendung von Gewalt begünstigte. Der zeitgenössischen Rhetorik der „Reinigung“ als Begriff für die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung stellt der Autor in einen Zusammenhang mit der damals ausgeübten Gewalt. Interessante Einblicke zum Thema Vertriebene und Gesundheit bietet das dritte Kapitel. Glassheim führt hier aus, wie das Leben der Betroffenen durch Krankheiten und Epidemien geprägt war, wobei er auch auf den Begriff der „Reinigung“ zurückkommt. In großer Zahl wurden die Vertriebenen an den Grenzen der Seuchenprävention unterzogen. Zugleich verweist er auf die große Zahl seelischer Erkrankungen und zeitgenössische Versuche, diese als Depressionen aufgrund von räumlich-sozialer „Entwurzelung“ zu erfassen.

Die folgenden drei Kapitel wenden sich dann der Entwicklung der Grenzgebiete nach 1945 zu. Hier kann der Autor deutlich machen, dass es klare Zielsetzungen gab, die Region hin zu einer „sozialistischen Landschaft“ umzugestalten. Am Beispiel der Stadt Most, die wegen der Kohleförderung verlegt wurde, zeigt Glassheim die damaligen Planungen und ihre Umsetzung auf. Abschließend nimmt der Autor den Landschaftsbegriff in den Blick und fragt nach Folgen von Zerstörung und Neuformungen. Ähnlich wie bei den Vertriebenen problematisiert er auch hier die räumliche Dimension von Gesundheit und Krankheit in der Neusiedlergesellschaft, also inwieweit die Landschaftsveränderungen gesellschaftliche Folgen zeitigten. Glassheim erwähnt die Notwendigkeit, den Begriff der Nostalgie ernst zu nehmen und ihn mit einer räumlichen Komponente zu versehen. Für die weitere Entwicklung der tschechischen Grenzregionen sieht er es wichtig an, das „Gedächtnis“ der Landschaft zu berücksichtigen und zu bewahren. Vor diesem Hintergrund verweist er auf die Initiativen

der tschechischen Bürgerbewegung Antikomplex, die sich seit vielen Jahren in Ausstellungen und Publikationen intensiv mit der Geschichte der Region auseinandersetzt.

Glassheims Studie bietet neue Ansätze zur Erforschung der tschechischen Grenzregionen. Gerade die mehrfache Gegenüberstellung ihrer ehemaligen und neuen Bewohner nach 1945 eröffnet bisher zu kurz gekommene Sichtweisen. Eine Stärke des Buchs liegt auch darin, gesellschaftliche Entwicklungen mit der Veränderung von Landschaft und Umwelt in Beziehung zueinander zu setzen. Auch die Verbindung dieses Themas mit dem Gesundheitsdiskurs ist ein interessanter Ansatz, auch wenn er in der vorliegenden Studie nicht vollständig überzeugen kann. Hier hätte zum einen stärker darauf Bezug genommen werden müssen, in

welchem Maße es nach 1945 Bestrebungen gab, das Thema psychische Erkrankung und Heimatverlust zu politisieren. Zum anderen handelt es sich um ein komplexes Feld, bei dem auch auf Zugänge der Medizingeschichte zurückgegriffen werden müsste, um die Dimensionen vollständig erfassen zu können.

Das vorliegende Buch bietet keine umfassende Darstellung zum Thema, dafür aber wertvolle Überlegungen und Impulse für die weitere Forschung zu einer Region, die auch weiterhin Veränderungen unterliegt. So hat der Begriff „Sudety“, der über Jahrzehnte abgelehnt wurde, weil er mit der Geschichte der dortigen Deutschen verbunden wurde, in den letzten Jahren gerade in Tschechien deutlich an Akzeptanz gewonnen.

Martin Zückert, München

PETER HALLAMA: Nationale Helden und jüdische Opfer. Tschechische Repräsentationen des Holocaust. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2015. 368 S., 8 Abb. = Schnittstellen Studien zum östlichen und südöstlichen Europa, 1. ISBN: 978-3-525-30073-2.

Peter Hallama widmet sich in seiner Dissertationsschrift der Frage, welchen Stellenwert der Holocaust in der tschechischen Erinnerungskultur von 1945 bis zur 1989 einnahm. Erinnerungskultur versteht der Autor in Anlehnung an Peter Burke weniger als ein einheitliches kollektives Gedächtnis der politischen Elite bzw. der nationalen Meistererzählung, sondern als das Resultat vielfältiger Interaktionen unterschiedlicher sozialer Akteure und Erinnerungsgemeinschaften. Daher stellt er der offiziellen staatlichen Erinnerungspolitik der Tschechoslowakei die marginalisierte Erinnerungskultur der tschechischen jüdischen Gemeinde gegenüber. Indem er die Interaktionen zwischen staatlichen und jüdischen Akteuren beleuchtet, rekonstruiert er zum einen „mehrheitsgesellschaftliche Phänomene“ (S. 10), die den tschechischen Umgang mit der Shoah prägten, und bezieht gleichzeitig im Einklang mit dem „Passive Turn“ die Perspektive der Opfer mit ein.

Hierzu verwendet der Autor einen diskursanalytischen Ansatz, d.h. er trägt „möglichst viele und breit gestreute ‚Aussagen‘ [...] über die Ermordung der Juden während des Zweiten Weltkriegs zusammen“ (S. 26) und untersucht zu diesem Zwecke Gedenkfeiern, Denkmäler, geschichtswissenschaftliche Beiträge, Zeitzeugenaussagen sowie verschiedene Medien (Presse, Literatur, Film usw.). Dabei stützt er sich auf vielfältiges Quellenmaterial aus zahlreichen Archivbeständen (z. B. die Bestände des Staatlichen Amtes für Kirchenfragen 1949–1956, des Ministeriums für Schulwesen und Kultur 1956–1967 und des Sekretariats für Kirchenfragen im Kulturministerium 1967–1990 zur Tätigkeit der jüdischen Gemeinden, sowie den Bestand des Zentralausschusses des Verbands der antifaschistischen Kämpfer im Prager Nationalarchiv, den Bestand des Památník Terezín sowie das Archiv von Yad Vashem, die Central Zionist Archives bzw. die Central Archives for the History of the Jewish People in Jerusalem).

Die Ergebnisse seiner umfangreichen Analyse präsentiert Hallama in mehreren „thematischen Problemfeldern“ (S. 13), die in drei Teile zerfallen:

Im ersten Kapitel wird „die Frage der Überlappungen und Differenzen in der Wahrneh-

mung von Zweitem Weltkrieg und Holocaust“ behandelt. Zunächst geht es um die gegensätzliche Bewertung des Holocaust in der tschechischen und jüdischen Erinnerung, herausgearbeitet am Begriff der „Endlösung“, der tschechischerseits primär für die geplante Ermordung nicht assimilationswürdiger Slaven/Tschechen durch die Nazis und erst sekundär für den Massenmord an den tschechischen Juden verwendet wurde, und die daraus resultierende Ansicht, die Tschechen neben den Juden als gleichberechtigte Leidtragende von Hitlers Rassenpolitik zu sehen. Dadurch jedoch wurde der Holocaust in seiner Singularität erfolgreich aus dem tschechischen Gedächtnis ausgeklammert und die Erinnerung an das jüdische Leid den Juden selbst überlassen. Dies zeigt sich auch am Beispiel Theresienstadts, das im tschechischen und jüdischen Gedächtnis für zwei völlig unterschiedliche Erinnerungen steht, nämlich für die Kleine Festung als Ort nationalen Leidens und für das Ghetto als Durchgangsstation zu den Vernichtungslagern im Osten. Auch hier wird die Marginalisierung des Holocaust im tschechischen Vergangenheitsdiskurs deutlich, denn im offiziellen Theresienstädter Gedenken standen lange die tschechischen (bzw. antifaschistischen) Opfer im Mittelpunkt. So wurden die ermordeten Juden stillschweigend der tschechischen Gesamtopferzahl einverleibt, ohne darauf zu verweisen, dass die jüdischen Opfer den größten Anteil der Toten darstellten.

Im zweiten Großkapitel geht es im Abschnitt *Die ermordeten Juden: Opfer – Märtyrer – Helden?* u. a. um die Diskriminierung von jüdischen Überlebenden in der staatlichen Entschädigungspraxis als Antifaschisten zweiter Klasse, d. h. im Zuge der Hierarchisierung der Opfer der NS-Herrschaft um die Deklassierung des passiven jüdischen Leidens im Gegensatz zum heroischen aktiven Widerstand.

Im Unterkapitel *Patriotismus, Nationalismus, Ethnozentrismus* behandelt Hallama das Verhältnis der tschechischen Gesellschaft zu den jüdischen KZ-Heimkehrern, das von einem starken Antisemitismus geprägt war, welcher jedoch als solcher nicht benannt und wahrge-

nommen wurde, da er Bestandteil antideutscher bzw. antikapitalistischer Ressentiments war und gleichzeitig als etwas *per se* Deutsches, dem tschechischen Wesen Fremdes aufgefasst wurde. Juden fanden sich unter den vertriebenen Deutschen, wurden als Germanisierer enteignet und lediglich als „Gäste“ geduldet, von denen die völlige Assimilation an die tschechische Nation erwartet wurde. Angesichts der vorherrschenden nationalistischen und antisemitischen Atmosphäre, die sich rund um die Slánský-Prozesse noch verschärfte, sahen auch die meisten Juden selbst die einzige Chance in völliger Anpassung. Zahlreiche Tschechisierungen deutscher Namen belegen dies ebenso wie die weit verbreitete Betonung ihres tschechischen Patriotismus in Gegenwart und Vergangenheit und sogar schon im Konzentrationslager.

Im dritten und abschließenden Kapitel zeichnet Hallama die erneute Zunahme von Nationalismus und Antisemitismus nach der Niederschlagung des Prager Frühlings bis 1989 nach. Auch nimmt er Samizdat und Dissens unter die Lupe, wo zwar Kritik am Antisemitismus und an der Marginalisierung der Shoah geübt wurde, die Geschichtsschreibung jedoch ebenfalls in nationalen Bahnen verlief.

Zusammenfassend kommt Hallama mit seiner Analyse zu folgenden Ergebnissen: Der Holocaust wurde von 1945 bis 1989 konsequent aus dem tschechischen Gedächtnis ausgeklammert. Dies lag nicht nur an politisch-ideologischen Vorgaben der (heraufziehenden) kommunistischen Ära, sondern hatte in erster Linie seine Wurzeln im tschechischen Nationalismus und Ethnozentrismus, der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der Zeit der „nationalen Ektase“ einen neuen Höhepunkt erlebte und eine völlig homogene Nation anstrebte, in der (auch) Juden als solche keinen Platz hatten. Während es im Westen ab den sechziger Jahren zu einer Pluralisierung der Erinnerungskultur mit einer Wende zur Perspektive der Opfer und der Absage an nationalistisch-heroische Geschichtsbetrachtungen kam, wurden die zarten Ansätze, die es auch im Prager Frühling in diese Richtung gab, in der Nor-

malisierungszeit wieder zunichtegemacht und eine gesamtgesellschaftliche Öffnung und kritische Auseinandersetzung mit nationalistischen Vergangenheitsdiskursen unterbunden. Ethnozentrische und antisemitische Deutungsmuster aus der vorkommunistischen Ära blieben auf diese Weise bis 1989 unangetastet bzw. wurden im sozialistischen Gewand neu adaptiert, so dass sie unreflektiert bis in die Gegenwart überdauern konnten. Sogar nach 1989 kam es im Zuge des Siegs über die marxistische Geschichtsschreibung zu einer Wiederbelebung des Nationalen, weshalb der Holocaust aus den

dargelegten Gründen auch heute noch überwiegend aus dem nationalen tschechischen Meisternarrativ ausgenommen ist.

Wenn man sich mit dieser Thematik bereits auseinandergesetzt hat, überraschen einen Hallamas Ergebnisse wenig. Leider. Dank ihm wird diese Ergebnisse aber auch niemand mehr leugnen können. Die erschütternde Fülle an Beispielen, die er in seinem Buch zusammengetragen und überzeugend präsentiert hat, spricht für sich.

Helena Srubar, Linz

Außerdem wurden in recensio.net Besprechungen in rein elektronischer Form als jgo.ereviews 2017,2 zu folgenden Büchern veröffentlicht:

DARIUSZ ADAMCZYK: Silber und Macht. Fernhandel, Tribute und die piastische Herrschaftsbildung in nordosteuropäischer Perspektive (800–1100). (Maike Sach)

ALEXANDER AGADJANIAN: Turns of Faith, Search for Meaning. Orthodox Christianity and Post-Soviet Experience. (Margarete Zimmermann)

MARIA BARAMOVA, PLAMEN MITEV, IVAN PARVEV: Power and Influence in South-Eastern Europe. 16th – 19th century. (Peter Mario Kreuter)

MARK BASSIN, SERGEY GLEBOV, MARLENE LARUELLE: Between Europe and Asia. The Origins, Theories, and Legacies of Russian Eurasianism. (Paul Dukes)

ALEKSANDR BASTRYKIN: Ubijstvo S. M. Kirova. Novaja versija starogo prestuplenija. (Jürgen W. Schmidt)

ARND BAUERKÄMPER, NATALIA ROSTISLAVLEVA: Sicherheitskulturen im Vergleich. Deutschland und Russland/UdSSR seit dem späten 19. Jahrhundert. (Steffi Keil)

CSABA BÉKÉS, LÁSZLÓ BORHI, PETER RUGENTHALER: Soviet Occupation of Romania, Hungary, and Austria 1944/45–1948/49. (Gerhard Wettig)

FLORIAN BIEBER, HARALD HEPNER: Universities and Elite Formation in Central, Eastern and South Eastern Europe. (Ljubov' N. Žvanko)

HANS-JÜRGEN BÖMELBURG, MARLENE KLATT: Lodz im Zweiten Weltkrieg. Deutsche Selbstzeugnisse über Alltag, Lebenswelten und NS- Germanisierungspolitik in einer multiethnischen Stadt. (Miroslaw Sikora)

MARION BRANDT: Solidarität mit Polen. Zur Geschichte und Gegenwart der deutschen Polenfreundschaft. (Peter Oliver Loew)

EDWARD COHN: The High Title of a Communist. Postwar Party Discipline and the Values of the Soviet Regime. (Alexandra Oberländer)

SLAVA GEROVITCH: Voices of the Soviet Space Program. Cosmonauts, Soldiers, and Engineers who took the USSR into Space. (Matthias Schwartz)

BEATA HALICKA: „Mein Haus an der Oder“. Erinnerungen polnischer Neusiedler in Westpolen nach 1945. (Paul Srodecki)

ANNA HANUS, RUTH BÜTTNER: Galizien als Kultur- und Gedächtnislandschaft im kultur- und sprachwissenschaftlichen Diskurs. (Hans-Christian Maner)

PETER HASLINGER, HEIDI HEIN-KIRCHER, RUDOLF JAWORSKI: Heimstätten der Nation. Ostmitteleuropäische Vereins- und Gesellschaftshäuser im transnationalen Vergleich. (Isabel Röskau-Rydel)

- TIMO JANCA: Zwischen Verklärung und Aufklärung. Identitätssuche in der georgischen Literatur 1801–1989. (Oliver Reisner)
- WALDEMAR KÖNIGHAUS: Regesta Pontificum Romanorum. Polonia Pontificia. (Maik Sach)
- OLEG F. KUDRJAVCEV: Evropejskoe vozroždenie i russkaja kul'tura XV – srediny XVII v. Kontakty i vzaimnoe vosprijatie. (André Berelowitch)
- ELENA P. KUDRJAVCEVA: Političeskie i kul'turnye otnošenija Rossii i Serbii v 30 – 50-e gody XIX veka. Dokumenty rossijskogo MID. (Danijel Kežić)
- STEPHEN LOVELL: Russia in the Microphone Age. A History of Soviet Radio, 1919–1970. (Luminița Gătejel)
- HELMUT MOLL: Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. (Erich Bryner)
- IRINA N. NOVIKOVA, ANDREJ JU. PAVLOV, A. A. MALYGINA: Pervaja mirovaja vojna, Versal'skaja sistema i sovremennost'. Sbornik statej. (Georg Wurzer)
- MICHAL REJMAN, BOGUSLAV LITERA, KAREL SVOBODA: Roždenie deržavy. Istorija Sovetskogo Sojuza s 1917 po 1945 god. (Anastasia Surkov)
- MALGORZATA RUCHNIEWICZ: Das Ende der Bauernwelt. Die Sowjetisierung des westweißrussischen Dorfes 1944–1953. (Olaf Mertelsmann)
- NIGEL SWAIN: Green Barons, Force-of-Circumstance Entrepreneurs, Impotent Mayors. Rural Change in the Early Years of Post-Socialist Capitalist Democracy. (Mark Keck-Szajbel)
- VANESSA VOISIN: L'URSS contre ses traîtres. L'Épuration soviétique (1941–1955). (Hiroaki Kuromiya)
- EMMANUEL WAEGEMANS, HANS VON KONINGSBRUGGE, MARCUS LEVITT: A Century Mad and Wise. Russia in the Age of the Enlightenment. Papers from the IX International Conference of the Study Group on Eighteenth-Century Russia, Leuven 2014. (Peter Hoffmann)
- V.V. ZACHAROV, N. KATCER, M. UL': SVAG i formirovanie partijno-političeskoj sistemy v Sovetskoj zone okkupacii Germanii 1945–1949. Sbornik dokumentov v dvuch tomach. (Gerhard Wettig)